

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.1 - 63. Jahrgang

19. Januar 2013

## Entscheidung in Niedersachsen

Es wird knapp in Niedersachsen: Am morgigen Sonntag entscheiden die Wählerinnen und Wähler dort über ihre künftige Landesregierung. Eine rot-grüne Mehrheit ist möglich. Auch die letzten Stunden



Wahlplakat der SPD  
Niedersachsen.

Michael Rüter. „52 Prozent der Niedersachsen sprechen sich für einen Regierungswechsel aus, nur 36 Prozent sind der Auffassung, dass Schwarz-Gelb weiter regieren soll. 51 Prozent bezeichnen eine rot-grüne Koalition als ‚gut‘ für Niedersachsen, hier kommt Schwarz-Gelb sogar nur auf bescheidene 32 Prozent. In der ‚Sonntagsfrage‘ gibt es weiterhin eine rot-grüne Mehrheit. In der Frage, wer die nächste Landesregierung führen soll, liegt die SPD vor der CDU.“

An der zentralen Abschluss-Kundgebung zur Landtagswahl in Braunschweig mit Stephan Weil, Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig haben am Freitagabend auch Mitglieder der Berliner SPD gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß teilgenommen. Am Sonnabendfrüh sind Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit einem Bus nach Hannover gefahren, um dort am Aktionstag der SPD teilzunehmen. Das Motto: „Alle packen an“.

BS □

Berlin:

## „Stadt des Aufstiegs“

Berliner SPD legt stadtpolitisches Zukunftskonzept vor

Mit einem stadtpolitischen Zukunftskonzept geht die Berliner SPD in die Offensive. Gemeinsam erläuterten der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh am Donnerstag das Ziel: Es geht um bessere Lebensbedingungen für alle und darum, städtischen und individuellen Aufstieg zu verknüpfen.

„Berlin - Stadt des Aufstiegs“ ist das gemeinsame Papier überschrieben. Es stellt eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, zum Teil bereits eingeleitet, zum Teil noch anzupacken, in einen Gesamtzusammenhang. „Die 1990er Jahre waren geprägt von der Wiederherstellung der inneren Einheit der Stadt, aber auch von Irrwegen einer zu optimistischen Metropolenpolitik, neoliberalen Politikansätzen und einem harten wirtschaftlichen Strukturwandel, der viele Arbeitsplätze kostete“, heißt es im Papier. Mit Klaus Wowereit wurde seit 2001 der Verschuldungspolitik ein Ende bereitet, Berlin zu einer vibrierenden, weltoffenen Metropole und die Grundlage für eine stark



Stellten ihr gemeinsames Konzept vor: Jan Stöß, Klaus Wowereit, Raed Saleh. Foto: Steffen

wachsende, innovative Wirtschaft gelegt. Jetzt, so die drei Berliner SPD-Spitzenpolitiker, gehe es darum, dass alle Berlinerinnen und Berliner von der positiven Entwicklung profitieren können: „Die Berliner Sozialdemokratie will den Pfad zum sozialen Aufstieg verbreitern und neuen Aufstiegswillen wecken.“ Konkrete Vorschläge liefert das Papier u.a. zur wirtschaftlichen Entwicklung, zu Arbeit und Ausbildung, Mietenpolitik oder Bildung. **Mehr auf S. 5**

## „Am Gelingen arbeiten“

Platzek und Wowereit wollen BER zum Erfolg führen

„Nur wenn jetzt alle zusammenrücken, werden wir diesen Karren wieder flott machen“, so Matthias Platzek. Der einstimmig gewählte neue Vorsitzende des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft will - gemeinsam mit seinem Stellvertreter Klaus Wowereit - den Bau des BER trotz aller Widrigkeiten zum Erfolg führen.

Ein neuer Eröffnungstermin soll erst in einigen Monaten nach einer gründlichen Bestandsaufnahme genannt werden. Technik-Chef Amann hält eine Eröffnung im Jahr 2015 für möglich.

Abgelöst wurde am Mittwoch Geschäftsführer Rainer Schwarz. Die Nachfolgesuche ist nicht einfach: Die Auswahl an kompe-

tenten Kandidatinnen und Kandidaten scheint übersichtlich und nicht jeder Gehaltswunsch kann erfüllt werden. Zusätz-

### IN DIESER AUSGABE:

NEUE BUNDESTAGSKANDIDATIN	S.2
ASG TRIFFT GESUNDHEITSENATOR	S. 7
BERLINER LEBENSÄUFE	S. 11
SENSIBLE ZEITZEUGIN	S. 16

lich soll ein Geschäftsführer für den Finanzbereich berufen werden. Staatssekretär Rainer Bomba als Vertreter des Bundesverkehrsministeriums wird künftig den wichtigen Projektausschuss leiten, der sich um den Flughafenausbau kümmert. □

**mehr zum Thema auf Seite 3 und 4**

Bundestagskandidaturen:

# Vier fehlen noch

## Steglitz-Zehlendorf: Ute Finckh-Krämer nominiert

**Mit einem klaren Ergebnis hat sich Dr. Ute Finckh-Krämer am 10. Januar auf der Wahlkreiskonferenz der SPD Steglitz-Zehlendorf als Bundestagskandidatin durchgesetzt. Vier Kreise entscheiden im Februar über die Kandidaturen.**

Die 56-jährige Diplom-Mathematikerin und Friedensaktivistin Ute Finckh-Krämer gewann mit 78 Prozent der Stimmen und tritt nun im Wahlkreis 79 Steglitz-Zehlendorf als Kandidatin für die Bundestagswahl an. „Meine zentralen Themen sind Gerechtigkeit, Frieden und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen“, umreißt sie ihre Kandidatur. Sie ist neben ihrem Beruf im Bundespresseamt seit vielen Jahren ehrenamtlich in und außerhalb der Partei engagiert.

Als Expertin für Friedenspolitik ist sie eine bundesweit gefragte Diskussionspartnerin, auch und gerade im Bereich der evangelischen Kirche, der sie als aktives Gemeindeglied angehört. Als Gewerkschafterin streitet sie für soziale Gerechtigkeit; im Vordergrund stehen dabei die gerechte Vermögensverteilung, bezahlbarer Wohnraum und Bildung unabhängig vom Einkommen der Eltern. Weitere Informationen zu ihren Standpunkten, ihrem Engagement und Lebenslauf finden sich auf [www.spd-suedwest.de/bundestagswahl/](http://www.spd-suedwest.de/bundestagswahl/).

Im Februar fallen die letzten vier Entscheidungen. In Lichtenberg ist eine Mitgliederbefragung am 1. Februar geplant, Bewerber sind Erik Gührs und Max Krieger. Die Entscheidung fällt auf der Wahlkreiskonferenz am 23.02.2013 (Nachbarschafts-



Dr. Ute Finckh-Krämer kandidiert in Steglitz-Zehlendorf für den Bundestag. Foto: privat

haus Orangerie des FAS Kiezspinne e.V., Schulze-Boysen-Str. 38, 10365 Berlin).

In Neukölln findet die Wahlkreiskonferenz am Sonnabend, d 16.02.2013 (12 Uhr, Otto-Hahn-Oberschule, Buschkrugallee 63, 12359 Berlin) statt. Fritz Felgentreu wird sich erneut um den Bundestagswahlkreis bewerben. Am gleichen Tag findet in Friedrichshain-Kreuzberg eine Mitgliederbefragung statt, bei der Roy Hoffmann, Cansel Kiziltepe und Silvia-Fee Wadeh kandidieren. Die Wahlkreiskonferenz ist für Sonnabend, d 23.02.2013 (10 Uhr, IG Metall-Haus, Alte Jakobstraße) angesetzt.

In Pankow soll die Mitgliederbefragung am 17. Februar stattfinden. Es kandidieren Leonie Gebers, Severin Höhmann, Klaus Mindrup und Roland Schröder. Die Wahlkreiskonferenz ist am 23. Februar geplant.

Jos/BS □

SPD-Konzept:

## Steuerbetrug beenden

### SPD-Pläne für eine gerechtere Finanzpolitik

**Mit einem Fünf-Punkte-Plan will die SPD der Steuerkriminalität einen Riegel vorschieben. In ihrer „Braunschweiger Erklärung“ hat sie am Montag Eckpunkte für mehr Steuergerechtigkeit vorgelegt.**

Das Papier beziffert den jährlichen Steuererlust durch Betrug auf 150 Milliarden Euro oder 16 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Jetzt sollen Banken, die sich am Steuerbetrug beteiligen, ihn fördern oder nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, die Lizenz verlieren können. Neben den Landesfinanzbehörden will die SPD eine bundesweite Steuerfahndung zur Verfolgung länderübergreifender Delikte aufbauen. Um für eine gleichmäßi-

ge Verfolgung von Steuerstraftaten zu sorgen, sollen die Finanzbehörden personell verstärkt werden. Verjährungsfristen für Straftaten sollen nach dem Steuerrecht „zumindest an die Laufzeit verdächtiger Finanzprodukte“ gekoppelt werden – und nicht mehr automatisch nach zehn Jahren enden.

Ein verbesserter Informationsaustausch der europäischen Mitgliedsstaaten untereinander sei gerade in Zeiten der Eurokrise unabdingbar. Maßnahmen gegen Steuerbetrug sollen zudem eine Voraussetzung für Euro-Finanzhilfen werden. Notwendige Infrastruktur könne nur geschaffen werden, wenn die finanzielle Stabilität des Staates gesichert sei.

BS □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Peer Steinbrück**, SPD-Kanzlerkandidat, startet mit Wohnzimmer-Gesprächen in den Wahlkampf. Einladen können ihn alle Bürgerinnen und Bürger. Peer Steinbrück selbst bringt eine Kleinigkeit mit, zum Beispiel Kuchen oder ein paar Brötchen. An dem rund einstündigen Gespräch können Freunde und Bekannte der Einladenden teilnehmen. Für Aufregung in Medien sorgte, dass sich die ersten Gastgeber im Nachhinein als Eltern eines SPD-Mitglieds herausgestellt haben. Die parteilosen Gäste allerdings fanden das Treffen spannend.

**Christine Bergmann**, ehemalige Berliner Senatorin und Bundesministerin, ist Mitte Dezember die Würde einer Stadtältesten verliehen worden. Die SPD-Politikerin gelangte durch die friedliche Revolution in der DDR in die Politik. In der Wendezeit war sie Präsidentin der Berliner Stadtverordnetenversammlung, später Senatorin und Bürgermeisterin von Berlin sowie bis 2002 Bundesministerin. Zuletzt war die studierte Pharmazeutin unabhängige Beauftragte der Bundesregierung zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.

**Werner Heubaum**, Mitglied des Abgeordnetenhauses und als Staatssekretär für Finanzen über viele Jahre maßgeblich im Berliner Haushaltswesen tätig, ist ebenfalls einer von sechs neuen Berliner Stadtältesten. Während der Einigung hat er seine Kompetenz in den Zusammenführungsprozess der Verwaltungen eingebracht. Ferner bekleidete der Jurist zahlreiche Aufsichtsratsämter in wichtigen Berliner Unternehmen.

**Angelika Schöttler**, Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, hat am 7. Januar ihren 50. Geburtstag mit rund 200 Gratulantinnen und Gratulanten im Goldenen Saal des Rathauses Schöneberg gefeiert. Vertreten waren zahlreiche Jugend- und Sozialeinrichtungen des Bezirks, aber auch Gewerbetreibende und frühere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. **PM** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Flughafen:

# „Am Gelingen arbeiten“

## BER: Vertrauen durch Transparenz zurückgewinnen

Das Ausmaß der Probleme auf der Flughafenbaustelle BER war offenbar auch für Techniker nur schwer vorstellbar - und noch schwerer zu analysieren. Mehr als fünf Monate vergingen, ehe der neue Technikchef Amann nun feststellen musste, dass der bislang für möglich gehaltene Eröffnungstermin in diesem Jahr nicht mehr zu halten sein würde. Der Schaden für das Projekt, für die Stadt und die Politik in Berlin ist enorm.

Nachdem bereits im vergangenen Sommer die Trennung vom früheren Technikchef und dem Planungsbüro erfolgte, wurden inzwischen weitere Konsequenzen gezogen. Klaus Wowereit hat den Vorsitz des Aufsichtsrats niedergelegt, Matthias Platzeck will das Projekt der drei Partner Brandenburg, Berlin und Bund nun zum Erfolg führen und verbindet es stark mit seiner eigenen Person. Der Aufsichtsrat soll um zusätzliche Experten für technische und betriebswirtschaftliche Fragen erweitert werden. Die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft wird verändert. Das Vertrauen in Geschäftsführer Rainer Schwarz war nach der nunmehr vierten Absage des Eröffnungstermins bei den Gesellschaftern nicht mehr vorhanden. Allerdings, so räumt Matthias Platzeck ein, sei dies kein Posten, bei dem die Bewerber derzeit Schlange stehen.

Für die Oppositionsparteien waren die ersten Presseberichte über die Absage eine Gelegenheit, einen Misstrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister im Abgeordnetenhaus anzukündigen. Allerdings war in den Meldungen zunächst auch der Eindruck erweckt worden, als habe der Aufsichtsrat bereits seit dem 18. Dezember über das Ausmaß der Probleme Bescheid gewusst. Tatsächlich aber stammte die Information der Flughafengesellschaft, die zur neuen Terminabsage führte, vom 4. Januar 2013.

Der Misstrauensantrag, den die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus dennoch gegen Klaus Wowereit einbrachte, scheiterte am vergangenen Sonntag deutlich. Gegen den Antrag stimmten 85 Abgeordnete und damit einer mehr als die Zahl der anwesenden Koalitionsabgeordneten von SPD und CDU. 62 Abgeordnete stimmten für den Antrag. „Die Koalition steht und hat die Kraft, die notwendigen Entscheidungen für diese Legislaturperiode zu treffen“, so Klaus Wowereit. Matthias Platzeck stellte in Potsdam am Montag die Vertrauensfrage, um sich des Rückhalts seiner Koalition aus SPD und Linkspartei zu versichern,



2012 schon im Probebetrieb, jetzt wieder Baustelle: der BER. Foto: Günter Wicker / Flughafen Berlin Brandenburg

chem, bevor er sich als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft verpflichten lassen wollte. Auch er erhielt alle Stimmen der beiden Fraktionen und damit ein klares Vertrauensvotum.

### WAS KONNTE DER AUFSICHTSRAT WISSEN?

Vertrauen dürfte ohnehin das Schlüsselwort für die kommenden Monate sein. Nur mit echter Transparenz und Aufklärung kann das Projekt einen Neustart erleben, der auch von den Bürgerinnen und Bürgern in Berlin und Brandenburg mitgetragen wird. Untersuchungsausschuss-Sitzungen und Sonderkommissionen werden zusätzlich für eine Vielzahl von Informationen sorgen, etliche davon sicher auch wieder interessengesteuert. Dabei ist die Frage nach Verantwortlichkeiten und Schuldigen nur ein Teil. Für das Gelingen des Projektes ist eine Bestandsaufnahme des Bauzustands wesentlich.

Während die Medien vor allem den Aufsichtsrat und damit Klaus Wowereit als Verantwortlichen für das Desaster ausmachten, hat Bundesverkehrsminister Ramsauer, dessen Ministerium durch Staatssekretär Rainer Bomba im Gremium vertreten ist, nahezu unbemerkt eine Mitschuld abgelehnt und auf Ergebnisse seiner Sonderkommission verwiesen: „Die Aufsichtsräte des Bundes sind nach meinen bisherigen Erkenntnissen ihren Pflichten nachgekommen. Unsere Soko hat festgestellt, dass der Aufsichtsrat fehlerhaft beziehungsweise nicht umfassend vom Flughafen-Management informiert worden ist.“

Die Geschäftsführung, nicht der Aufsichtsrat, trägt in der Regel die Verantwortung für ein solches Desaster. Dies sei zum Beispiel auch im Fall der Arcandor-Pleite so

**Fortsetzung Seite 4**

BER-Untersuchungsausschuss:

## Erste Anhörung von Zeugen

Der Untersuchungsausschuss BER des Berliner Abgeordnetenhauses ist am 11. Januar mit den ersten drei Zeugen in die Anhörungen eingestiegen.

„Die Anhörung des heutigen Staatssekretärs beim Justizsenator und damaligen Referenten in der Senatskanzlei, Alexander Straßmeier, hat die ersten Erkenntnisse aus der Frühzeit des Flughafens BER erbracht“, so der Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss, Ole Kreins, und der Sprecher der CDU-Fraktion Stefan Evers in einer gemeinsamen Bewertung. „Der Zeuge war zu Fragen der Standortwahl geladen. In diesem Zusammenhang rief er in Erinnerung, dass sich seinerzeit Bündnis90/Die Grünen für einen Flughafenstandort in Schönefeld und gegen Sperenberg aussprachen.“

Klaus Böger, ehemaliger Fraktionsvorsitzender und Senator, erläuterte ausführlich die seinerzeitigen Diskurse: Die SPD favorisierte Sperenberg, die CDU war mehrheitlich für den Standort Schönefeld, weil dort unter anderem mehr wirtschaftliches Wachstum erwartet wurde. Des Weiteren wurde Dr. Herbert Martin befragt, der im damaligen Zeitraum ein Beratungsunternehmen leitete.

„Alle drei Zeugen“, so die beiden Sprecher von SPD und CDU, „wiesen darauf hin, dass es eine Vielzahl konkurrierender Gutachten, Stellungnahmen und Expertisen in bezug auf die Standortfrage, die erwartenden Passagierzahlen, Kosten und Bauzeiträume gab. Dabei wurde festgehalten, dass der geplante teilprivatisierte Ausbau Sperenbergs deutlich teurer käme als ein Ausbau von Schönefeld. Bei der günstigsten Variante einer sukzessiven Entwicklung von Schönefeld wurde mit Kosten von ca. 12 Milliarden DM gerechnet, wobei rund die Hälfte auf die öffentliche Hand zukommen könnte, der Rest wäre durch private Investitionen zu tragen gewesen. Das Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg ging von bis zu 88.000 Arbeitsplätzen in Schönefeld aus, die durch den neuen Flughafen entstehen würden.“

**PM** □

Energietisch:

## Volksbegehren beantragt

Trotz Vorlage eines den Forderungen weitgehend entsprechenden Gesetzentwurfs durch die SPD-Fraktion hat der Berliner Energietisch ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Stromnetze und zur Errichtung eines Stadtwerks beantragt. Von Februar bis Juni sollen 200.000 Unterschriften gesammelt werden.

**BS** □



**Fortsetzung von Seite 3**

gewesen, niemand habe damals dem Aufsichtsrat die Schuld gegeben, erläuterte Matthias Platzeck in der Talkshow von Günter Jauch. Und im Berliner Abgeordnetenhaus wies der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh darauf hin, dass es sich bei der Verschiebung der Flughafeneröffnung im Kern um technische Probleme handele. „Große deutsche Industrieunternehmen und hochbezahlte Planer schaffen es nicht, diese Anlage zu bauen“, sagte Saleh. Klaus Wowereit lässt seinerseits keinen Zweifel daran, dass der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion „mit hoher Konzentration und Nachhaken bei Problemlagen“ ausgefüllt hat. Aber ein Aufsichtsrat könne nur kontrollieren, worüber er Informationen bekomme, sagt Wowereit. Er baue eben nicht selber.

Neue Probleme sind zwischen der dritten und der vierten Verschiebung nicht entstanden. Als schwierig hat sich dagegen die Bestandsaufnahme des baulichen Zustands erwiesen, der vom im Sommer 2012 abgesetzten Technik-Geschäftsführer verantwortet wurde. Denn viele Mängel lagen im Verborgenen, wurden erst sichtbar, nachdem Wände wieder aufgerissen und Kabelverläufe kontrolliert wurden. Die Flughafengesellschaft hat die Planer Gerkan, Marg und Partner verklagt, die nun in der juristischen Auseinandersetzung mit dem Hinweis auf zahlreiche Änderungswünsche kontern. Schon im Sommer aber hatten sich Berichte von Baufirmen über falsche und überholte Pläne gehäuft, es gab Kritik an der Überwachung der Baumaßnahmen. Die Probleme verschwanden unter frischem Putz. Der nicht funktionsfähigen, aber lebensnotwendigen Brand- und Schutzanlage ist es wohl im wesentlichen zu verdanken, dass der Pfusch überhaupt

wieder zum Vorschein gekommen ist.

Welchen Anteil neue oder zusätzliche Anforderungen an den Problemen hatten, werden die Untersuchungsausschüsse und Gerichte zu klären haben. Tatsächlich wurden Start- und Landemöglichkeiten für den großen A380 der Lufthansa geschaffen oder das zusätzliche Nord- und Südpier, um steigenden Passagierzahlen gerecht zu werden. Von 17 Millionen Fluggästen stieg die Zahl auf 25 Millionen, zwei Millionen unter der Maximalkapazität des Flughafens. Denn Berlin ist - nicht zuletzt durch die Ausstrahlungskraft seines Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit - als Reiseziel international immer beliebter geworden. Ein Teil der Kostensteigerungen ist deshalb auch „mehr Flughafen“.

**NEUSTART NOTWENDIG**

Während Gerichte und Untersuchungsausschüsse für Transparenz bei den zurückliegenden Vorgängen sorgen, müssen neue Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Planer nun eine Bestandsaufnahme vornehmen, was planmäßig gebaut ist, was abgerissen oder umgebaut und was neu gebaut werden muss. Erst wenn diese Erkenntnisse vorliegen, kann ein neuer Zeitplan der Einzelmaßnahmen entwickelt werden. Und danach ergibt sich ein Eröffnungstermin. Klar ist seit dem 4. Januar, dass umfangreiche Umplanungen bzw. Umbaumaßnahmen an den Entrauchungsanlagen unumgänglich sind, dass Rohre isoliert und Kabel neu verlegt werden müssen.

Matthias Platzeck will die Kontrolle intensivieren, will wöchentliche Treffen mit der neuen Geschäftsführung ansetzen. Das Projekt muss wieder Vertrauen gewinnen. Eine Task-Force in der Staatskanzlei soll die

Kontrolle sichern, Staatssekretär Rainer Bretschneider wird dazu vom Infrastrukturministerium in die Staatskanzlei wechseln. Ihm gehe es darum, sagte Platzeck, das Vertrauen zwischen den Planern, den Genehmigungsbehörden und den Baufirmen wieder herzustellen. Noch immer sei das Projekt für die Region von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung. Platzeck will zudem stärker das Gespräch mit den Bürgerinitiativen suchen.

Der Bund wird seiner Mitverantwortung entsprechend den Vorsitz des wichtigen Projektausschusses des Aufsichtsrates übernehmen und dort Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) ablösen. Bis die Geschäftsführung neu besetzt ist, muss Technik-Chef Amann auch den reibungslosen Flughafenbetrieb in Tegel und Schönefeld verantworten. **uh** □

**Naturschutz:****Langer Tag der Stadtnatur gerettet**

Der „Lange Tag der Stadtnatur“ 2013 ist gerettet. Nach dem angekündigten Rückzug des Hauptsponsors Veolia (jährlich 150.000 Euro) drohte das Aus. Nun will Veolia das über den Haushalt mit 80.000 Euro finanzierte Projekt doch noch einmal unterstützen, wie Stadtentwicklungssenator Michael Müller mitteilte.

Der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz begrüßte das: „Wir wollen die Langen Tage der Stadtnatur als Veranstaltungsreihe erhalten. Für eine dauerhafte Sicherung der Langen Tage der Stadtnatur ist die Stiftung Naturschutz Berlin als Veranstalter gefordert, die bisherigen Strukturen und Kosten zu überprüfen.“ **BS** □

**Bildung:****Protestaktionen von Lehrerinnen und Lehrern**

**Mit Warnstreikaktionen haben sich am Mittwoch und Donnerstag angestellte Lehrerinnen und Lehrer für die gleiche Bezahlung wie ihre verbeamteten Kollegen eingesetzt.**

Nach GEW-Angaben beteiligten sich rund 800 Lehrerinnen und Lehrer an hundert Schulen an den rund zweistündigen Aktionen. Die GEW fordert mit dem Streik die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Nach ihren Angaben würden beamtete Lehrer nach 40 Dienstjahren rund 100.000 Euro mehr verdienen als angestellt. Berlin hatte bereits für junge angestellte Pädagogen eine Zulage in Höhe von 1200 Euro brutto monatlich eingeführt, um Abwanderungen zu verhindern. **BS** □

**Bilder aus Spree-Athen**

Ausstellung zeigt griechisches Leben in Neukölln

„**Griechisches Leben in Neukölln – Eine Momentaufnahme aus der Einwanderungsgeschichte**“ heißt der Titel der neuen Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. **Zusammen mit dem Interkulturellen Frauen- und Familienzentrum TO SPITI und dem Förderverein TO SPITI e.V. zeigt das August Bebel Institut eine Ausstellung, die zehn Lebensläufe von griechischen Berliner/innen aus Neukölln vorstellt.**

Welche Erfahrungen haben die erste und zweite Einwanderergeneration geprägt? Wie hat sich ihr Leben entwickelt und wie sehen sie das multikulturelle Berlin heute? Diesen Fragen geht nicht nur die Ausstellung nach. Eine Reihe von Veranstaltungen

ergänzt sie. Dabei geht es u.a. um die Zuzüge von jungen Griechen in „Spree-Athen“, die ihr Land wegen der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise verlassen (Do 24. Januar, 19–21 Uhr).

Eine weitere Diskussionsveranstaltung untersucht die politischen Verhältnisse in Griechenland: Besteht die Chance auf eine konstruktive Zusammenarbeit der politischen Linken – oder steuert Griechenland in „Weimarer Verhältnisse“? (Do 31. Januar, 19–21 Uhr) **BS** □

➔ Ausstellung „Griechisches Leben in Berlin“, ab Fr 18. Januar, 18 Uhr, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Anmeldungen zu Veranstaltungen und Auskunft zur Ausstellung unter 4692 -121

# „Berlin - Stadt des Aufstiegs“

Fortsetzung von Seite 1 - Berliner SPD legt stadtpolitisches Zukunftskonzept vor

Die Erfolge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Berlins können sich sehen lassen. Aber: „Wir lehnen uns bei allen Erfolgen nicht zufrieden zurück, denn bisher haben noch nicht alle teil am Aufstieg unserer Stadt“, heißt es im Papier „Berlin - Stadt des Aufstiegs“, das Klaus Wowereit, Jan Stöß und Raed Saleh an diesem Donnerstag gemeinsam vorstellten. Ihre Konsequenz: „Unsere Aufgabe für dieses Jahrzehnt ist es, die Dynamik der letzten Jahre für einen nachhaltigen Aufstieg Berlins zu nutzen und ein Auseinanderdriften unserer Stadt zu verhindern. Die wirtschaftliche Erholung Berlins darf nicht in Verdrängung und soziale Spaltung münden, sondern soll zu individuellen Aufstiegserfolgen führen: zu besseren Bildungserfolgen, sicheren, gut bezahlten Jobs und steigender Kaufkraft.“

Es müsse gelingen, die steigende Attraktivität und Beliebtheit Berlins in nachhaltige Wertschöpfung umzusetzen und dabei gleichzeitig auch mehr individuellen sozialen Aufstieg zu ermöglichen, so fordern es Wowereit, Stöß und Saleh. „Im Aufstieg darf das, was Berlin auszeichnet, nicht verloren gehen: Unsere Kreativität, Offenheit und Vielseitigkeit. Die zentrale Frage unseres Jahrzehnts lautet: Wird Berlin zu einer



An Berlins Entwicklung sollen alle teilhaben können. Foto: Horb

teuren Bühne, hinter der sich soziale Spaltung verbirgt und der wirtschaftliche Abstand wieder wächst? Oder schaffen wir es, den sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Substanz der Stadt auszubauen?“

Mit einer Vielzahl von Vorschlägen, Maßnahmen und Forderungen geben sie die Antwort. Wenn Berlin „Heimat für alle in einer Metropole von Welt“ sein wolle, dann müssen auch die Mieten in der Stadt bezahlbar bleiben. Das Berliner Bündnis für Mieten soll Vorbild für Änderungen beim Mietrecht auf Bundesebene sein, der Wohnungsbau muss - gerade auch angesichts des stetigen Zuzugs - verstärkt werden. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden. Die neue Liegen-

schaftspolitik wird einen Beitrag zur besseren Nutzung landeseigener Grundstücke leisten.

Die Haushaltskonsolidierung soll fortgesetzt werden, eine „Privatisierungsbremse“ soll Verkäufe von Landesvermögen einschränken, Public-Private-Partnerships als Mittel der Haushaltskonsolidierung werden abgelehnt. „Um eine bürgernahe und handlungsfähige Staatlichkeit zu erhalten, fordern wir eine leistungsgerechte und sozial ausgewogene Besteuerung von Einkommen, Erbschaften und Vermögen und eine verlässliche Solidarität zwischen reichen und weniger reichen Regionen. Wir setzen uns für einen beim Bund angesiedelten Altschuldenfonds aller Bundesländer ein“, heißt es im Papier.

Bildung und gute Arbeit sollen den individuellen Aufstieg sichern. „Mit Berufseinsteigsbegleitern möchten wir Jugendlichen den Übergang von der Schule in das Berufsleben erleichtern“, so einer der Vorschläge. Auch in Zukunft sollen alle Arbeitsfördermaßnahmen genau auf ihren Nutzen für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt geprüft und weiterentwickelt werden. Zudem wird die Forderung nach einer armutsfesten Rente erneuert. Partei, Fraktion und Senat wollen sich gemeinsam für die Umsetzung des Forderungskatalogs stark machen. **BS** □

## Jugendmedienpreis:

# „Wichtiger denn je“

Das „Rote Tuch“ würdigt Engagement gegen Rechts

Im Jahre 2011 stand die Verleihung des antifaschistischen Jugendmedienpreis „Das Rote Tuch“ unter dem Einfluss der schrecklichen, brutalen Morde in Norwegen, auf Utoya. Allen Anwesenden war einmal mehr klar, wie wichtig der ständige Kampf gegen rechte, faschistische und nationalistische Ideen ist.

Die SPD zeigt an vielen Stellen immer wieder offen ihr Gesicht und eine klare Haltung gegen rechts. Deswegen gibt es seit 1978 diesen Preis, verliehen durch die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit dem SPD-Landesverband. Dass der neue Landesvorstand an dieser gemeinsamen Tradition festhält, könnte in Zeiten wie diesen als selbstverständlich angesehen werden, das ist es jedoch nicht. Dafür gebührt ihm Dank, ebenso wie dem Verein „Rotes Tuch“, der gegründet wurde, um die Idee der Preisverleihung zu unterstützen und einer noch breiteren Öffentlichkeit be-



Preisverleihung 2011 mit Christian Gaebler, Carolina Böhm, Marc Schulte und Frank Jahnke.

kannt zu machen. Denn, das spüren wir alle, Norwegen rückt tagtäglich näher.

Wir mussten im vergangenen Jahr zur Kenntnis nehmen, dass in diesem Land seit Jahren rechtsnationale, terroristische Gruppen unbehelligt morden. Aus blindwütigem, rassistischem Hass, dies waren

keine Einzelfälle, sondern gezielte Morde. Wie sehr staatliche Systeme dieses System gedeckt, gestützt oder mindestens übersehen haben, dass gilt es im Bundestag aufzuklären, dort stehen wir erst am Anfang. Aber auch hier, in Berlin, vor unserer Haustür, ist rechter Terror wieder an der Tagesordnung. Er richtet sich unmittelbar gegen uns, die SPD, die Jusos, die Falken.

Es gilt jetzt, nicht wegzusehen und sich nicht einschüchtern zu lassen. Es gilt jetzt, antifaschistische Arbeit weiter zu unterstützen. Es gilt, mit dem Preis auch im Jahr 2013 wieder ein deutliches Zeichen zu setzen: Wir unterstützen alle, die sich für ein demokratisches, weltoffenes, tolerantes, buntes Berlin einsetzen. Bis zum 15. März können Vorschläge eingereicht werden

**Carolina Böhm** □

Informationen zur Preisverleihung unter [www.das-rote-tuch.de](http://www.das-rote-tuch.de). Vorschläge können bis zum 15. März an die Sprecherin der Jury Carolina Böhm geschickt werden. Per Mail: [carolina.boehm@yahoo.de](mailto:carolina.boehm@yahoo.de).

Die vorgeschlagenen Werke sollen sich an Kinder und Jugendliche wenden und ihnen zugänglich sein. Zugelassen sind alle Medien.

Veranstaltungsreihe:

# Die zerstörte Vielfalt

## Berlin erinnert mit Themenjahr an Nazi-Gleichschaltung

„Ick kann jar nich so velle fressen, wie ick kotzen möchte“, so soll der Berliner Maler Max Liebermann den Fackelzug der Nazis am 30. Januar 1933 am Brandenburger Tor kommentiert haben. Vom Fenster seines Hauses am Pariser Platz blickt er an diesem Abend auf eine Choreografie des Grauens. Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler ist der Auftakt zur verhängnisvollsten Periode in der deutschen Geschichte. Die zerstörerische Energie der Nazis entfaltet sich in Berlin wie im ganzen Deutschen Reich unmittelbar. Die Vielfalt in der Gesellschaft fällt der nationalsozialistischen Gleichschaltung zum Opfer. Darin erinnert in den nächsten zehn Monaten ein vielgestaltiges Erinnerungsprojekt: das Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“. Koordiniert und unterstützt wird das Projekt von der Kulturprojekte Berlin GmbH.

Berlin ist in der Weimarer Republik ein ethnischer wie kultureller Mikrokosmos geworden. Aus Osteuropa sind arme galizische Juden ebenso wie gut-bürgerliche Russen nach Berlin gezogen, Ungarn und Tschechen suchten hier mehr kulturelle Toleranz. Musik, Literatur und bildende Künste, entfalteten sich im Berlin der Weimarer Republik. Diesem Klima haben die Deutschnationalen wie die Nationalsozialisten den Kampf angesagt und sie zerstören die Vielfalt. Gleich mehrere Projekte widmen sich der Vertreibung und Zerstörung jüdischen Geisteslebens in Berlin,



Das Thema hat nichts an Aktualität verloren: Menschenkette gegen Neonazis im Dezember in Britz. Foto: Schmidt

der Arisierung jüdischen Geschäftslebens. Mit einem biografischen Ansatz wird an vertriebene und auch später ermordete Schauspieler und Regisseure erinnert, an Gewerkschafter und Politiker. Als eine Art Open-Air-Veranstaltung werden etwa 40 Säulen im Berliner Stadtgebiet auf 200 vertriebene und verfolgten Berliner aufmerksam machen: Bertolt Brecht, Heinrich Mann, Max Reinhardt, ebenso auf den Gewerkschafter Siegfried Aufhäuser und den Sportler Werner Seelenbinder oder den Bürstenmacher Otto Weidt, der zu Zeiten der Deportation Juden beschäftigt und versteckt hatte. Projekte in verschiedenen Stadtteilen erinnern an die Ausgrenzung und gar Ermordung von Behinderten, von Roma in der Stadt ebenso wie an Zwangsarbeit, Arisierung von Unternehmen und Grundbesitz jüdischer Mitbürger oder an

die Verbote und die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse.

Ausstellungen, Lesungen und Veranstaltungen von mehr als 120 Projekten in Berlin begleiten das Themenjahr von Ende Januar bis zum 9./10. November, der an die Pogrome gegen Juden vor 75 Jahren erinnert. Das Deutsche Historische Museum präsentiert zu diesem Themenjahr eine Sonderausstellung und ist zugleich zentraler Punkt eines Internetportals, das auf die vielfältigen Aktivitäten der einzelnen Projekte in der Stadt hinweist. Die Website ([www.berlin.de/2013](http://www.berlin.de/2013)) informiert thematisch, wie biografisch und gibt einen Überblick über die Veranstaltungen. Ein virtueller Stadtplan lenkt zu Stadtführungen ebenso wie zu den mehr als 1500 Stolpersteinen des Künstlers Gunther Demnig in Berlin. Die enorme thematische Bandbreite wie auch der beteiligten Projekte in allen Stadtteilen machen deutlich, dass diese Erinnerungsarbeit basisorientiert „von unten“ kommt.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit sieht das Themenjahr als wichtiges Anliegen für die Gesellschaft, sich der Verantwortung zu stellen und ein Zeichen für Demokratie und Vielfalt zu setzen: „Wir wollen auch deutlich machen, wie widersprüchlich die Geschichte Berlins ist.“ Moritz von Dülmen, federführend bei der Kulturprojekte GmbH für das wohl umfanglichste zeitgeschichtliche Projekt in der Stadt, betont den biografischen Ansatz dieses Erinnerungsmarathons: „Das Prägende, also der rote Faden, sind die vielen Biografien, die der Erinnerung ein Gesicht geben. Es viele bekannte Namen darunter, aber auch viele heute Unbekannte, die wir in die Erinnerung zurückholen.“ **Gunter Lange** □

Internet-Portal: [www.berlin.de/2013](http://www.berlin.de/2013)

## Rettung und neue Gefahren

### Letzte Zuflucht Mexiko - eine bemerkenswerte Ausstellung

**Das Aktive Museum Faschismus und Widerstand e.V. hat - gemeinsam mit der Akademie der Künste, dem Ibero-amerikanischen Institut und dem Instituto de Investigaciones Interculturales Germano-Mexicanas A.C. - eine Ausstellung über den „Nothafen“ Marseille im noch unbesetzten Südfrankreich während der frühen vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts geschaffen. Das ist nach „Ohne zu zögern“ (2007) über die Unterstützungs- und Hilfsaktionen Varian Frys bereits die zweite Ausstellung, die sich diesem Thema widmet.**

Anhand von 25 exemplarischen Biografien, auf neun Thementafeln und in zwei Medienstationen werden die dramatischen Rettungsaktionen des mexikanischen Konsuls Gilberto Bosques (1892 -

1995) nachgezeichnet. Von 1940 bis 1942 versorgte er zahlreiche deutsche und österreichische Flüchtlinge mit Visa, Unterkünften und Schiffspassagen. Es waren viele - aber nicht nur - im Kunstbereich Tätige darunter, etwa Hanns Eisler, Walter Janka, Ludwig Renn, Walter Reuter, Günter Ruschin, Anna Seghers, Steffie Spira. Und es waren überwiegend Kommunisten, denen Bosques zu diesem späten Zeitpunkt noch die Möglichkeit eines sicheren Exils verschaffen konnte, da das „Emergency Rescue Committee“, für das Fry wirkte, diesen angesichts der amerikanischen Furcht vor einer Einflussnahme kommunistischer Ideologie nicht helfen konnte. Dokumentiert sind auch die Erfahrungen der Geretteten in Mexiko und die angesichts der Zeitumstände mitunter unfasslichen An-

feindungen untereinander sowie ihre Schicksale nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und ihrer Rückkehr in das zerstörte Deutschland. Die meisten gingen in die SBZ/DDR und liefen dort dann Gefahr von Denunziation, Verfolgung und Haft als „Westemigranten“. Man sollte sich reichlich Zeit nehmen für diese Ausstellung, denn man braucht immer wieder eine Pause zum Luftholen. **Holger Hübner** □

„Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939“, Akademie der Künste, Pariser Platz 4, noch bis 14. April, täglich 10 - 22 Uhr. Der Eintritt ist frei. Der über 300 Seiten starke Begleitband kostet 20,- Euro und ist nicht in der Akademie, sondern nur beim Aktiven Museum, Stauffenbergstraße 13-14, Berlin-Tiergarten, erhältlich.





*Berliner ASG-Mitglieder und ihr Gast: In der ersten Reihe stehen (von links nach rechts) die stellvertretenden Vorsitzenden der ASG Berlin Kai Gudra und Annika Lange, der ASG-Vorsitzende Boris Velter, Senator Mario Czaja und ASG-Schriftführerin Susanne Ozegowski.*

*Foto: ASG Berlin*

Arbeitsgemeinschaften:

## Im Gespräch geblieben

### Gesundheitssenator Mario Czaja zu Gast bei der ASG

**9. Januar 2013. Pünktlich um 19.00 Uhr begann eine etwas außergewöhnliche Sitzung der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): Neben dem Vorsitzenden der ASG Berlin, Boris Velter, nahm der amtierende Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja (CDU) Platz. Trotz großer Koalition sicherlich keine Selbstverständlichkeit, dass ein Senator das Gespräch mit einer Arbeitsgemeinschaft 'der anderen' Partei sucht. Doch schon bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag zeichnete sich ab, dass beide weiter im Gespräch bleiben würden. Velter verhandelte gemeinsam mit Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion und Vorstandsmitglied der ASG, mit Czaja den Gesundheitsbereich. Und so kam es.**

Senator Czaja stand den wie immer zahlreich erschienenen Freundinnen und Freunden der ASG an diesem Mittwochsabend Rede und Antwort. Ziel des Treffens war es, nach über einem Jahr großer Koalition gemeinsam darüber zu diskutieren, wie die Umsetzung der gesundheitspolitischen Vorhaben läuft. Schon bei der Vorstellungsrunde schien Senator Czaja beeindruckt von der Vielfalt der vertretenen Professionen und der enormen fachlichen Expertise der Mitglieder der ASG.

Anschließend kam eine breite Palette an gesundheits- und pflegepolitischen Themen zur Sprache. Gespannt waren die Teilnehmenden darauf, wie es um die Einrichtung weiterer Pflegestützpunkte in Berlin und den Öffentlichen Gesundheitsdienst steht. Czaja berichtete, dass von den ursprünglich 10 zusätzlich geplanten Pflegestützpunkten, die durch die Ersatzkassen bis Ende 2011 eingerichtet werden sollten, vermutlich nur 2 realisiert würden. Als Kompensation für die fehlenden Pflegestützpunkte hätten die Ersatzkassen eine

finanzielle Kompensation zugesagt, die zweckgebunden für die Verbesserung der Pflege in Berlin ausgegeben werden soll. Darüber hinaus sei eine Imagekampagne für Pflegestützpunkte in Planung, um deren Bekanntheitsgrad zu steigern.

Beim Thema ambulante Versorgung kamen die großen regionalen Disparitäten in der Ärzteverteilung innerhalb Berlins zur Sprache. Ziel der Senatsverwaltung sei eine kleinräumigere Bedarfsplanung, so Czaja, die bis Ende 2013 umgesetzt werden soll. Aus seiner Sicht sollten für die haus- und kinderärztliche Versorgung die Bezirke als Planungsgrundlage dienen, die einigen ASG-Teilnehmenden jedoch nicht kleinteilig genug erscheinen.

Weitere Themen waren die Einrichtung eines gemeinsamen Landesgremiums, das Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen geben soll sowie der Zuschuss aus Landesmitteln zur Unterstützung für Paare, die eine künstliche Befruchtung wünschen. Für die ASG war von besonderem Interesse, wie das „Aktionsprogramm Gesundheit“ entwickelt wird. Das Aktionsprogramm zur Prävention und zur weiteren Verbesserung der Gesundheitsförderung in Berlin wurde von der ASG Berlin entwickelt und ist inzwischen fester Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU. Das Aktionsprogramm der ASG beinhaltet die Erarbeitung eines Stadtplans der Gesundheitsförderung. Czaja hat das Vergabeverfahren für dieses Projekt bereits auf den Weg gebracht. Für die weitere Arbeit an dem Aktionsprogramm und für sein Gelingen gaben die Teilnehmenden dem Senator die Bitte mit auf den Weg, die besonderen, historisch gewachsenen Strukturen im Bereich der Berliner Gesundheitsförderung im Blick zu behalten.

Nach einem fast zweistündigen, sehr regen Austausch versicherten Czaja und Velter, weiter im Dialog zu bleiben.

**Dr. Annika Lange und Boris Velter □**

## FRAKTION INTERN

### Neujahrsempfang der SPD-Fraktion.

Auf dem traditionellen Neujahrsempfang der SPD-Fraktion in der Kalkscheune haben sich die Abgeordneten mit Berliner EntscheidungsträgerInnen getroffen. Auch der Regierende Bürgermeister und die SPD-SenatorInnen plauderten mit den Gästen aus Wirtschaft, Kultur, Sport und dem sozialen Leben Berlins.

SPD-Fraktionschef Raed Saleh würdigte in seiner Begrüßungsrede die Arbeit der Vereine, Verbände, Organisationen und Institutionen der Hauptstadt. „Sie sind die Expertinnen und Experten auf ihren Gebieten, lassen Sie uns teilhaben, wir freuen uns über enge Zusammenarbeit mit Ihnen“, sagte Saleh.

Als Schwerpunktthemen für das neue Jahr nannte Saleh unter anderem Wirtschaftswachstum, Wohnungsbau, Personalentwicklung und sozialen Zusammenhalt.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit dankte für die Solidarität der Koalition und vieler Berlinerinnen und Berliner. Die Herausforderung für Berlin in den kommenden Jahren sei das prognostizierte Bevölkerungswachstum, das von der Größe her einem neuen Bezirk entsprechen wird. Auch das friedliche Zusammenleben in der Stadt müsse verteidigt werden: „Jeder kann hier leben, wenn er den anderen akzeptiert.“

**Klausurtagung in Polen.** Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses fährt von 25. bis 27. Januar 2013 zu ihrer traditionellen Klausurtagung. Sie findet diesmal in Kolobrzeg (Kolberg) in Polen statt. Schwerpunktthemen sind der Deutsch-Polnische Wirtschaftsraum und seine Infrastruktur sowie der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt. Außerdem geht es um die Stärken Berlins und die strategische Personalentwicklung im öffentlichen Dienst.

Als Referenten werden unter anderem Dr. Eric Schweitzer, Präsident der IHK Berlin; Doro Zinke, DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg; und Prof. Dr. Monika Gross, Präsidentin der Beuth-Hochschule Berlin erwartet.

Der Ministerpräsident der Wojewodschaft Westpommern, Marschall Olgierd Geblewicz, und der Bürgermeister von Kolobrzeg, Janusz Gromek, werden Grußworte sprechen.

**Neuer Sportbrief erschienen.** Die SPD-Fraktion hat einen neuen Sportbrief. Er wird an die im Sportbereich aktiven Vereine, Verbände und Organisationen in Berlin verschickt. Die Pressestelle der Fraktion vermailt auf Anfrage gerne ein PDF der aktuellen Ausgabe. E-Mail: pressestelle@spd.parlament-berlin.de **cs □**

Familienpolitik:

# Geringverdiener entlasten

## SPD legt Vorschlag für neues Kindergeld vor

**Auf einer familienpolitischen Fachtagung der Berliner SPD diskutieren an diesem Wochenende Expertinnen und Experten über neue Wege zur Unterstützung von Familien, über Bildungsangebote, Fachkräftemangel und demografische Entwicklung. Mit einem Vorschlag für ein neues, gerechtes Kindergeld haben jetzt Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern und Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion in die Diskussion eingegriffen. Ihr Ziel: Gerechtigkeit für Familien und Entlastung für Geringverdienende. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus ihrem Papier.**

Das neue Kindergeld sorgt für mehr Gerechtigkeit und eröffnet eine wirkliche Entlastungsperspektive am unteren Rand der Einkommensskala. Es ist ein hochwirksames Instrument, das gleichzeitig mehrere Ziele erreicht:

- Es bringt Gerechtigkeit in die Leistungen für Familien.
- Es erhöht für Geringverdiener mit Kindern das verfügbare Einkommen spürbar.
- Es macht den Mindestlohn für Familien mit Kindern überhaupt erst wirksam.
- Es macht mehr Familien unabhängig vom SGBII-Bezug.

### NACH EINKOMMEN GESTAFFELT

Das neue Kindergeld wird nach Einkommen gestaffelt. Familien mit niedrigen und kleinen mittleren Einkommen (je nach Modell bis zu etwa 3.000 Euro Bruttoeinkommen) erhalten mehr: Sie bekommen ein erhöhtes Kindergeld, das maximal 324 Euro beträgt. Dieses erhöhte Kindergeld wird degressiv ausgestaltet.

In der Förderung für Familien mit niedrigem Einkommen führen wir den bereits bestehenden Kinderzuschlag mit dem Kindergeld zu einer Leistung zusammen. Alle anderen Familien bekommen weiterhin das Kindergeld in seiner aktuellen Höhe, also 184 Euro für die ersten beiden Kinder, für das dritte Kind 190 Euro sowie für das vierte und jedes weitere Kind 215 Euro monatlich.

Genauso wie das jetzige Kindergeld wird das neue Kindergeld voll auf die Regelsätze im SGB II angerechnet. Profitieren werden also Geringverdiener/innen-Familien, die mit ihrem Einkommen oberhalb der Bedürftigkeitsgrenze liegen. Daneben bleibt es bei unserer Forderung nach einem ei-



Legten den Vorschlag für eine Reform des Kindergeldes vor: Manuela Schwesig und Dagmar Ziegler. Fotos: Butzmann/SPD, SPD-Fraktion

genständigen Regelsatz für Kinder im ALG-II-Bezug.

Der aktuelle Familienleistungsausgleich ist ungerecht. Denn heute bekommen Eltern mit einem hohen Einkommen durch die kindbezogenen Steuerfreibeträge mehr als Normal- und Geringverdiener/innen durch das Kindergeld. Für Spitzenverdiener übersteigt die Entlastung durch die Steuerfreibeträge das Kindergeld in Höhe von 184 Euro für das erste und zweite Kind um rund 100 Euro pro Monat.

Zentrale Ursache für diese ungleiche Förderung ist der 2002 eingeführte Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung (BEA). Er ist neben den Freibetrag für das sächliche Existenzminimum getreten und hat zu einer deutlich gestiegenen Entlastung für die oberen Einkommensbezieher geführt.

Wir wollen nicht weiter hinnehmen, dass die Entlastung entlang des Einkommenssteuertarifs die staatlichen Leistungen für Kinder nach oben „veredelt“ und nach unten „verelendet“. Das neue Kindergeld macht mit dieser Ungerechtigkeit Schluss. Dazu schaffen wir den Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung (BEA) ab. So sinkt die Entlastungswirkung über die Freibeträge unter das jetzige Kindergeldniveau – im Rahmen einer Günstigerprüfung bekommen dann auch Spitzenverdiener (nur noch) Kindergeld. Die gebotene Freistellung des sächlichen Existenzminimums von der Steuer bleibt davon unberührt. Paarfamilien mit zwei Kindern trifft die Abschaffung des BEA ab einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 70.000 Euro pro Jahr.

Verfassungs- und Steuerjurist/innen haben beim FES-Workshop „Verfassungsrechtliche Fragen zum Neuen Kindergeld“ im September 2012 einhellig die Verfassungskonformität des Neuen Kindergelds

bejaht. Sie sind sogar noch einen Schritt weiter gegangen und haben die Abschaffung des BEA für verfassungsrechtlich geboten erklärt. Der BEA, also die Berücksichtigung nicht-monetärer Bedarfe im Einkommenssteuerrecht, sei systemwidrig. Analog argumentiert Prof. Dr. Joachim Wieland in seinem Rechtsgutachten für die FES zu „Verfassungsfragen der steuerrechtlichen Behandlung von Kindesexistenzminimum und Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf“ vom Mai 2011.

Der aktuelle Kinderzuschlag krankt daran, dass er nur von einem Drittel der Leistungsberechtigten in Anspruch genommen wird. Rund 600.000 Kinder gehen leer aus. Außerdem erreicht der Kinderzuschlag Alleinerziehende kaum - ausgerechnet die Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko. Das soll beim neuen Kindergeld anders werden.

Wir wollen die verdeckte Armut beenden und mit den folgenden Schritten erreichen, dass viele vom neuen Kindergeld profitieren:

- Indem wir höhere Einkommensgrenzen als beim Kinderzuschlag zugrunde legen, weiten wir den Berechtigtenkreis für das erhöhte Kindergeld aus. Das Neue Kindergeld soll bis in niedrige mittlere Einkommen hinein wirken.

- Anders als der Kinderzuschlag soll das Neue Kindergeld mit einem vereinfachten Antragsverfahren verbunden sein.

- Wir werden das neue Kindergeld so ausgestalten, dass vor allem Alleinerziehende profitieren.

Die SPD steht im Wort, Geringverdiener/innen zu entlasten. Das gelingt mit dem neuen Kindergeld für die Gruppe der Geringverdiener/innen mit Kindern. Beispiel für stärkere Forderung: Eltern arbeiten Vollzeit als Konditor/in bzw. halbtags als Verkäufer/in, verdienen zusammen 2.500 Euro brutto. Sie erhalten durch das Neue Kindergeld bei zwei Kindern 88 Euro mehr pro Monat (im Vergleich zur aktuellen Entlastung durch Kindergeld und Kinderzuschlag).

Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, um zu gewährleisten, dass Arbeitnehmer/innen von ihrem Lohn leben können. Für Familien mit Kindern wird dieses Ziel verfehlt. Sie bleiben trotz eines Mindestlohns auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen.

Das Neue Kindergeld verursacht, je nach Ausgestaltung und insbesondere seiner Reichweite in mittlere Einkommensgruppen hinein, Kosten zwischen rund 2 und 3 Mrd. Euro. Bei den Nettokosten sind Einsparungen durch die Abschaffung des BEA berücksichtigt worden. Nicht berücksichtigt sind jedoch weitere Einsparungen wie z.B. im SGB II, beim Unterhaltsvorschuss oder beim BAföG. **BS □**



Finanzmarktkrise:

# Europa und die kommenden Wahlen

Philipp Steinberg: Wie die SPD mit mehrheitsfähigen Positionen überzeugen kann

**Die meisten Beobachter sind sich einig: „Europa“ und die Politik zur Eindämmung der Krise in der Eurozone sind nicht die Themen, welche die SPD in den anstehenden Wahlkämpfen in den Vordergrund stellen sollte. Und das ist nicht „nur“ die Bundestagswahl - der Europawahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament steht im Juni 2014 an, und folgt damit dem Bundestagswahlkampf nahtlos - auch wenn das im öffentlichen Bewusstsein noch nicht wirklich verankert ist.**

Richtig ist: Mit ausschließlich solidaritätsgetriebener Europalyrik lassen sich die Themen nicht popularisieren, und damit Mehrheiten gewinnen - so wichtig Solidarität auch ist. Eine überzeugende europapolitische „Erzählung“ wird aber notwendig sein - denn es wird nicht gelingen, „Europa“ aus dem Bundestagswahlkampf vollständig herauszuhalten.

## AUF DIE RICHTIGE KRISENDIAGNOSE KOMMT ES AN

Erfolgt allerdings eine richtige Krisendiagnose, ergeben sich daraus fast zwangsläufig Lösungen, die sich auch innenpolitisch argumentieren lassen. Und die durchaus dazu angetan sind, als Profilierungsthemen im Bundestags- und Europawahlkampf dienen zu können.

Für die Konservativen ist die Krise allein eine Staatsschuldenkrise. Angela Merkel hat sich ständig darüber verbreitet, dass alle Krisenländer über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Selbst den Menschen in Deutschland hat Merkel das vorgeworfen.

Irland und Spanien hatten aber bis zum Ausbruch der Finanzkrise mustergültige öffentliche Finanzen, erwirtschafteten sogar Überschüsse und hielten den Euro-Stabilitätspakt ein. Hier war es die internationale Finanzkrise, die in die Bilanzen einschlug und beide Staaten zwang, sich massiv zu verschulden, um die Banken vor einem Kollaps zu bewahren. Auch Italien konnte aufgrund der hohen privaten Ersparnisse seinen hohen öffentlichen Schuldenstand meistern - bis die Finanzkrise das Vertrauen erschütterte.

Aufgrund der notwendigen Bankenrettung und Konjunkturpakete stieg die Verschuldung in Deutschland von 63% auf 83%, in Irland von 30 % auf über 100%, und in Spanien von 58% auf knapp 90 % des BIP - und nicht, weil die Menschen über ihre Verhältnisse gelebt haben!

Und weil Diagnose der Krise als alleinige „Staatsschuldenkrise“ in der Eurozone



Philipp Steinberg ist stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Berlin.

falsch ist, verfolgen die Konservativen die falsche Therapie - nach wie vor.

Sie verkennen, dass die Krise in erster Linie eine Banken- und Finanzmarktkrise, und eine Krise wirtschaftlicher Ungleichgewichte ist. Und die Versäumnisse in diesem Bereich anzuprangern, ist auch für wahlkämpfende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durchaus weiterführend.

Deswegen muss der erste Ansatzpunkt zur Überwindung der Krise eine wirkungsvolle Banken- und Finanzmarktregulierung sein. Denn die ergriffenen Maßnahmen reichen - entgegen den vollmundigen Ankündigungen - bei weitem nicht aus. Und das muss unser Angriffspunkt sein.

Das in Pittsburgh 2009 vereinbarte Ziel, dass kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt in Zukunft unreguliert sein dürfen, wurde bis heute nicht erreicht. Wenn Wolfgang Schäuble nun vollmundig verkündet, 80% der Beschlüsse von Pittsburgh seien umgesetzt worden, spricht das für eine hohe Fähigkeit zur Autosuggestion. Schäuble verkennt jedoch, dass Resultate zählen.

Denn auf den europäischen Märkten geht der Wildwuchs weiter. Banken erpresen nach wie vor Staaten und führen sich teilweise auf, als stünden sie über den Gesetzen.

Die Resultate der Merkelschen Ankündigungs- und Schiebepolitik sind schon heute als desaströs zu bezeichnen:

○ Der Schattenbankensektor - also Hedge-Fonds, Private Equity Fonds und andere Finanzmarktakteure ist nach wie vor unreguliert - hier kommt Merkel über Absichtserklärungen nicht hinaus.

○ Geschäfte mit Derivaten finden weiter größtenteils im rechtsfreien Raum statt; die erfolgten Regulierungsschritte - „standar-

disierte Derivate“ sollen auf Plattformen gehandelt werden - sind allenfalls ein Placebo. Wer nicht standardisieren will und auf Plattformen, der lässt es eben.

○ Eine Entflechtung und Reduzierung der Systemrelevanz der Finanzinstitute wird zwar immer wieder angekündigt. Merkel & Co. wehren sich aber zusammen mit der Bankenlobby gegen die Umsetzung dieser Prinzipien, unter anderem durch die Einführung einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking.

○ Die Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten - allein in Deutschland über 180 Mrd. Euro an direkten Kosten, die indirekten Kosten sind um ein Vielfaches höher - ist nicht erfolgt. Die deutsche Bankenabgabe mit einem Volumen von 560 Millionen Euro ist nicht mehr als ein schlechter Witz.

○ Eine wirksame Begrenzung der Vergütungssysteme? Fehlanzeige. Das deutsche Gesetz zur Regulierung der Angemessenheit der Vergütungssysteme ist ein Kotau vor der Finanzlobby. Auf europäischer Ebene hat sich Merkel lange gegen wirksame Begrenzungen gewehrt.

○ Auch die Umsetzung der höheren Eigenkapitalvorschriften (Basel III) stockt, ebenso wie die Einführung der Europäischen Bankenunion - die Anführerin der Bremsen sitzt in Berlin.

○ In vielen Bereichen, wo die Bundesregierung auch national hätte handeln können - bei der Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten, der Verbesserung des Verbraucherschutzes, dem Bankeninsolvenzrecht, dem Recht auf ein Girokonto, der wirksamen Bekämpfung der Steuerkriminalität - hat die Regierung alle Initiativen der SPD ausgebrems. Nach wie vor sind 70.000 Menschen in Deutschland ohne Girokonto! Das ist ein Skandal.

## STÄRKUNG DER BINNENNACHFRAGE!

Auch die Strukturprobleme im Euroraum, mit massiven Exportüberschüssen bei einigen Ländern wie Deutschland oder den Niederlanden und massiven Importüberschüssen bei anderen Ländern wie Griechenland oder Portugal, auch das geht die Regierung nicht an. Und auch das ist - anders, als es auf den ersten Blick erscheinen mag - durchaus wahlkampftauglich.

Denn hier erfolgt eine originäre Verbindung zur deutschen Innenpolitik: Deutschland hat einen Leistungsbilanzüberschuss von 5%, seit der Wiedervereinigung hat Deutschland Güter und Dienstleistungen

## NETZ & POLITIK

**Das Netz vergisst nicht. Wenn es ein Tor zum Internet gäbe, dann sollte dieser Satz darüber angebracht werden. Daten, die wir in ein Formular eingeben, Fotos, die wir auf Facebook zeigen, E-Mails, die wir verschicken - was wir einmal ins Netz eingespeist haben, bleibt dort, auch wenn wir das Foto entfernt, unser Kundenkonto gekündigt und die E-Mail dauerhaft gelöscht haben. Dies rührt u.a. daher, dass unsere Daten eine wahre Goldgrube darstellen. Das Netz vergisst auch deshalb nicht, weil eine blühende Industrie an seiner Vergesslichkeit kein Interesse hat.**

Im Januar 2012 hat EU-Justizkommissarin Viviane Reding den Entwurf für eine EU-Datenschutzgrundverordnung vorgelegt. Nach einjähriger Diskussion beginnen nun die Verhandlungen zwischen Parlament, Ministerrat und Kommission. Redings Vorlage ist aus verschiedenen Gründen bemerkenswert: Zum einen soll eine Verordnung an die Stelle der bislang geltenden Datenschutzrichtlinie von 1995 treten. Die Übersetzung in nationales Recht mitsamt der Möglichkeit, Schlupflöcher einzubauen, fällt damit weg. Zum anderen beinhaltet die Vorlage Verbesserungen für Verbraucher, z.B. Datenschutz als Grundeinstellung, Pflicht zur verständlichen Information und schärfere Sanktionen.

Vor allem aber sieht der Entwurf ein „Recht auf Vergessen“ vor: Wenn Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr benötigt werden oder wenn die Verbraucher die Löschung verlangen, dann müssen die Daten gelöscht werden. Und: Wenn der Datenverarbeiter die Daten weitergegeben hat, dann, so Art. 17 Abs. 2, „unternimmt er alle vertretbaren Schritte, auch technischer Art“ um diese Dritten über den Löschungswunsch des Verbrauchers zu informieren.

Redings Entwurf wirft jedoch auch Fragen auf: Das Internet macht bekanntlich an Staatsgrenzen nicht Halt. Einem Internet-Anbieter mit Sitz in Shanghai ist mit EU-Recht wohl nicht beizukommen. Ferner ist die technische Umsetzbarkeit des „Rechts auf Vergessen“ fraglich, denn den viel beschworenen „digitalen Radiergummi“ gibt es bislang nicht. Und schließlich bleibt die Tatsache, dass viele Geschäftsmodelle des Netzes nur deshalb funktionieren, weil sie unter Gesichtspunkten des Datenschutzes problematisch sind (wir mit unseren Daten bezahlen). Wer Datenschutz im Internet will, muss also den Markt und seine Geschäftsmodelle in den Blick nehmen. Das aber ist für marktorthodoxes Denken Ketzerei. **Daniel Gruschke** □

### Fortsetzung von Seite 9

im Wert von über 1,5 Billionen Euro mehr verkauft, als eingekauft. Griechenland, Spanien und Portugal haben hohe Leistungsbilanzdefizite.

Das ist problematisch in einer Währungsunion, in welcher unterschiedliches Leistungsvermögen nicht mehr durch Wechselkursanpassungen kompensiert werden kann.

Anders als von Merkel behauptet, lebt Deutschland jedoch damit nicht über seine Verhältnisse - es bleibt deutlich unter seinen Verhältnissen! Wir brauchen in Deutschland eine Politik zur Stärkung der Binnennachfrage:

- Lohnabschlüsse, die Inflation und Produktivitätsfortschritte kompensieren.

- Eine Wirtschaftspolitik, welche die privaten und öffentlichen Investitionsquoten, die unterdurchschnittlich sind, erhöht. Straßen, Schulen und Kindergärten dürfen nicht länger auf Verschleiß gefahren werden!

- Echte Mindestlöhne und eine Re-Regulierung von Leih- und Zeitarbeit.

Das ist nicht nur sozial dringend notwendig, das ist auch wirtschaftlich geboten! Im Wahlkampf ist es notwendig, die Verbindung dieser etablierten und mehrheitsfähigen innenpolitischen Positionen zur europapolitischen Debatte aufzuzeigen.

#### IN EUROPA IST ETWAS AUS DEM LOT GERATEN

Daneben müssen wir noch mehr als bisher die wachsende Ungleichheit in Europa als soziales, aber auch wirtschaftliches Problem thematisieren! Auch hier sind unsere Positionen anschlussfähig und mehrheitsfähig. So sind viele Deutsche der Meinung, dass Einkommen und Vermögen un-

recht verteilt sind. In Deutschland und Europa. Die Anhäufung von Reichtum heizt die Spekulation auf den Finanzmärkten an, während die Infrastruktur verkommt.

Deswegen gilt auch auf europäischer Ebene: Wir brauchen eine gerechtere Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Die Forderungen nach Mindestbesteuerung und Angleichung der Grundlagen der Unternehmensbesteuerung in Europa sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer müssen endlich umgesetzt werden. Das geht nur mit einer starken Sozialdemokratie.

Wir müssen die Untätigkeit der Bundesregierung anprangern, die nichts tut, um unversteuertes Auslandsvermögen einzufrieren, und nachzuversteuern, und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Schätzungen zufolge liegen 100 - 200 Milliarden Euro unversteuerten Geldes allein aus Griechenland auf ausländischen Konten! Damit könnten bei einer Besteuerung von 25% 25 - 50 Milliarden Euro eingenommen werden!

Wir müssen es klar benennen: Die Gerechtigkeitsmaßstäbe der Konservativen sind längst aus dem Lot geraten. Politik, die bei der ersten Möglichkeit fundamentale Werte über den Haufen wirft, wie auch beim Steuerabkommen mit der Schweiz, verliert ihre Glaubwürdigkeit.

Wenn wir die Ursachen der Krise richtig benennen, unsere Vorstellungen bei der Regulierung der Finanzmärkte, der Stärkung der Binnennachfrage und der Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit in Europa in den Mittelpunkt der europapolitischen Wahlkampagne stellen, und uns nicht in kleinteiligen Diskussionen über die Feinheiten der Rettungsarchitektur ergehen, müssen wir keine Angst vor „Europa“ in den kommenden Wahlkämpfen haben. **Dr. Philipp Steinberg** □

## EU-Gehälter mit Kaufkraftverlust

Dagmar Roth-Behrendt: „Scheinheilige Debatte“

**Die EU-Kommission hat im Dezember gemäß geltendem Recht die Gehaltsanpassung veröffentlicht: Um 1,7 Prozent sollen die Gehälter der EU-Beamten erhöht werden, was einem Kaufkraftverlust von -1,1 Prozent entspricht. Darauf weist die Berliner Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt hin.**

Die Gehaltsanpassung wird auf der Grundlage der Gehaltsentwicklung der nationalen Beamten in acht Mitgliedstaaten (Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Belgien und Luxemburg) errechnet. Demnach sind die Gehälter der EU-Beamten von den Gehaltssteigerungen oder -kürzungen der Beamten in den Mitgliedstaaten abhängig. Die diesjährige Gehaltsanpassung spiegelt so-

wohl die Gehaltserhöhung der Beamtenschaft in Deutschland von 4,3 Prozent als auch die Minderung von -3 Prozent in Spanien wider. 2004 hatten die Mitgliedstaaten selber diese Berechnungsformel einstimmig beschlossen.

„Es ist im Moment sehr populär, auf die EU-Beamten zu schimpfen, vor allem in einigen Hauptstädten“, so Dagmar Roth-Behrendt, Berichterstatterin zur Revision des Beamtenstatuts im Rechtsausschuss. „Andererseits liegt mein Bericht zu erheblichen Einsparungen beim Personal bereits seit April 2012 auf dem Tisch, aber die gleichen Mitgliedstaaten haben es bisher nicht für nötig erachtet, mit dem Parlament auch nur einmal darüber zu reden. Diese Scheinheiligkeit ärgert mich.“ **PM** □

Lebensläufe I:

# Unterschiedliche Wege, ein Ziel

## Die Abteilung Luisenstadt lud Jupp Schröder und Günter König zum Gespräch

**Am 1. Dezember 2012 hat die Abteilung Luisenstadt mit einer Zeitzeugenreihe begonnen, um in lockerer Folge Mitglieder vorzustellen, die im Laufe ihres Lebens Erfahrung in der SPD gesammelt haben und darüber berichten wollen. Die Abteilungsvorsitzende Sevim Aydin und die Moderatorin des Abends Gabriele Garms begrüßten zum ersten Termin ausnahmsweise zwei Zeitzeugen: Jupp Schröder und Günter König, die beide vor dem Krieg geboren sind und dennoch ganz unterschiedliche Lebenswege beschreiben.**

Während Jupp Schröder 1927 in eine katholische Beamtenfamilie in Hamm/Westfalen geboren wurde, bis zu seinem 14. Lebensjahr Priester werden wollte und bezüglich der politischen Lage in Deutschland vom Elternhaus ganz unbeeinflusst blieb, berichtete Günter König von einem ganz anderen Lebensanfang seit 1933 in Berlin-Kreuzberg.

Jupp begeisterte sich schon früh für die Hitlerjugend, weil ihm weder im Elternhaus noch in der Schule politische Kritik vermittelt worden war und begann eine Lehre bei der Reichsbahn, die ihn bis zum Inspektoranwärter brachte. Mit 17 Jahren entschloss er sich dann, Soldat und Offiziersanwärter zu werden und war total verstört, als das „Dritte Reich“ zusammenbrach. Rückblickend wird klar, dass er sich deshalb in den folgenden Jahrzehnten dafür eingesetzt hat, jungen Leuten Orientierungspunkte zu geben, die er in seiner Jugend nicht hatte. Aber er hatte das Glück, damals durch seinen katholischen Glauben wieder Halt zu finden und seine Laufbahn bei der Reichsbahn fortzusetzen. Dieser Beruf brachte ihm den Kontakt zur Gewerkschaft und einen Lebensweg, auf dem er sich immer mehr dem Kämpferischen verschrieb.

### JUPP SCHRÖDER - DEN EIGENEN WEG FINDEN

Von einer Jugendvertretung im Betriebsrat der Bahn, über die Mitgliedschaft im Jugendausschuss der Gewerkschaft bis zum Posten eines ersten hauptamtlichen Jugendsekretärs für die britische Zone - den er nach einem 2jährigen Studium an der neuen Sozialakademie in Dortmund erreichte - war sein Weg erfolgreich. Doch an der Sozialakademie hatte Jupp durch Dozenten wie Anton Ackermann u.a. Kontakt mit der kommunistischen Lehre von Marx und Engels erhalten und näherte sich der KPD an, kämpfte für die Einheit der Arbei-



Gabriele Garms, Sevim Aydin, Günter König und Jupp Schröder. Foto: SPD Luisenstadt

terklasse und wurde Mitglied im studentischen SED-Gründungskomitee, da die SPD in seinen Augen weiter nach rechts gerückte war. Schließlich trat er der FDJ bei, die es bis 1956 (KPD-Verbot) auch im Westen gab. Allerdings sah die Gewerkschaftsführung dieses Gedankengut unvereinbar mit seinem Posten und stellte ihn frei, worauf Jupp bei der FDJ einen neuen Weg als Propagandist für die Zechen in NRW einschlug. Doch sein Idealismus und sein Sozialdemokratismus passten nun wieder nicht in die FDJ und der Druck der Führung machte ihn krank. 1951 verließ er die Organisation.

Nach einem einjährigen Studium in Wilhelmshaven (Hochschule für Arbeit, Wirtschaft und Politik) ließ er sich von einem Freund zu einem weiteren Studium in Berlin überreden, obwohl seine streng katholische Familie ihn vor den Protestanten in Berlin als „Feinde in Lehmhütten“ gewarnt hatte. Sie wussten es nicht besser.

1954 begann Jupp ein Studium für 4 Semester an der Hochschule für Politik in Berlin und schnupperte im SDS. Schon im 2. Semester erhielt er den Posten des SDS-Landesvorsitzenden, weil die Berliner Hochschule für die Besetzung zuständig war und man seinem Mundwerk einiges zutraute. Diese Station seines Lebens brachte ihn in engen Kontakt zum Pressereferenten Fritz Neumann, zu Edith Krabbe und Herbert Theiss, der ihm mit einer 2-Zimmerwohnung für seine Familie in einer Zehlendorfer Villa den Anreiz gab, als Verstärkung gegen den „rechten Urban“ nach Kreuzberg zu gehen. Da Kurt Schumacher einen klaren sozialistischen Kurs vertrat,

entschied Jupp sich, der SPD im gleichen Jahr beizutreten.

Ende der 50er Jahre zog er ins Abgeordnetenhaus ein, wechselte 1961 aber in die Senatsverwaltung und Willy Kressmann stellte ihn als Amtsanwärter ein. 1963 ging er dann als Referent für politische Bildung nach Neukölln und landete schließlich 1969 bei der Landeszentrale für politische Bildung.

Jupp trat auch in die AWO ein und bekleidete dort viele Ämter. In den 60er und 70er Jahren als Präsident der AWO-Landeskonferenz, in den Jahren von 1969 bis 1989 hatte er den Posten als Vorsteher der Landeszentrale für sportliche Bildung inne und begegnete in seinem Vorzimmer Günter König.

Jupp Schröder bedauert nach seiner Erfahrung, dass die Parteien sich alle nur für ihre eigenen Ideologien interessieren und keine Gespräche miteinander führen, denn wie er selbst festgestellt und praktiziert hat, gibt es auch in anderen Ideologien Annehmerswertes. Deshalb sollten alle nach ihren Interessen „rumschnuppern“, aber auch nach links und rechts sehen, damit der „Glaube an die soziale Gerechtigkeit“ nicht abhanden kommt.

### GÜNTER KÖNIG - ZUR EIGENEN ÜBERZEUGUNG STEHEN

Günter König wurde im Juli 1933 in Berlin geboren und blieb dort bis heute. Ein bodenständiger Mann, mit einem klaren Lebensweg, der alle Höhen und Tiefen als Jugendlicher in den Kriegsjahren erlebt hat, aber seinen geraden Weg ging.

Seine Eltern vermittelten ihm schon früh, was die NSDAP bedeutete, denn die Mutter war eine linke Zeitungsverkäuferin in einem Kiosk am Wittenbergplatz und der Vater ein Schlossermeister in einem kriegsrelevanten Betrieb. Sie lebten 6 Jahre mit ihrem ersten Sohn in einer 1-Zimmerwohnung und zogen dann mit 2 Kindern in die Naunynstraße.

Günter hatte seine Wurzeln also aus frühester Kindheit in Kreuzberg. Es war kein wohlbehütetes Familienleben, denn man musste sich durchschlagen, und er lernte früh, was es heißt, zu seiner Überzeugung zu stehen, als seine Mutter nicht zuließ, dass er wegen seiner guten Noten für die „Napola-Schule“ der Nazis angeworben werden sollte. Es hätte ihm natürlich Vorteile gebracht.

Seine schulische Bildung begann in der Wassertorstraße, ging über die Schule in

**Fortsetzung Seite 12**



**Fortsetzung von Seite 11**

der Waldemarstraße weiter und schließlich in die Oberschule in der Dieffenbachstraße.

Als die Luftangriffe 1943 auf Berlin zunahmen, wurde er mit seiner Mutter und seinem Bruder für 2 Jahre in den Spreewald evakuiert und erlebte dann mit 12 Jahren die Übernahme Berlins durch die Alliierten wieder in der Hauptstadt. Die Trostlosigkeit einer Stadt in der 48 % der Gebäude zerstört waren, kann man sich heute kaum noch vorstellen. Günter hatte die 1. Bombe 1940 am Kottbusser Damm erlebt und mit seiner Familie Schutz in verschiedenen Kellern gesucht. Es ging ihm wie vielen anderen um das tägliche Überleben.

1945 kamen auch die Westmächte nach Berlin, und es wurden die ersten Zeitungen gedruckt.

Dem allgemeinen Dank an die „Amis“ will Günter König sich auch heute noch nicht anschließen, weil er den russischen Soldaten für Brot und Hilfe dankbar ist. „Sie haben uns geholfen, obwohl sie uns zu verzeihen hatten, was deutsches Militär der

Bevölkerung in Polen und Russland angeht. Die amerikanische Bevölkerung hatte uns nichts zu verzeihen, doch die Luftbrücke bei der Blockade hat uns geholfen, denn das Hamstern im Umland hätte nicht gereicht“. Günters Engagement im sozialen und politischen Bereich war wohl in diesen Erlebnissen begründet und hat ihn zum Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Jugendstadtrat und zum Bürgermeister von Kreuzberg werden lassen. Sein Anliegen war immer die Menschlichkeit und die tatkräftige Hilfe. So ärgert es ihn, dass die Mieten in seinem Stadtteil immer unerschwinglicher werden und dem Gewinnstreben der Investoren nicht Einhalt geboten wird, sodass am liebsten nur noch zahlungskräftige Mieter in Kreuzberg erwünscht sind.

Das war nicht die Vorstellung der engagierten Menschen seiner Generation, als es noch um Kinderverschickung und Partnerschaften von Karl-Marx-Stadt zu Nicaragua ging. Damals stellte Willy Kressmann ihn ein und man brauchte eine Zuzugserlaubnis für Berlin, weil ja die Hälfte der

Häuser zerstört war, aber damals - 1949 - waren auch noch 73 % der Berliner Bevölkerung SPD-Anhänger und damit gab es eine ganz andere politische Situation. Günter König bedauert, dass der Kampfgeist in Berlin versickert ist und der Gewinnmaximierung so wenig entgegengesetzt wird.

„Die Wiedervereinigung der Berliner hat uns nicht nur viel Begeisterung gebracht, sondern auch große Anforderung an mich als Bürgermeister gestellt, denn der politische Alltag war hart, weil wir mit der unglaublichen Veränderung nicht wirklich rechnen konnten.“

Beide Augenzeugen verbindet das Engagement für die Jugendlichen einerseits und die Lebensqualität der Kreuzberger Bürger andererseits, indem sie sich beruflich wie privat für das eingesetzt haben, was ihnen wichtig war und was uns ein Beispiel dafür gibt, nicht nachzulassen in der Kontrolle, der kritischen Betrachtung und der Tatkraft, damit wir das verhindern, was den Beginn dieser vorgestellten Lebenswege so sehr erschwert hat.

**Erika Lübke** □

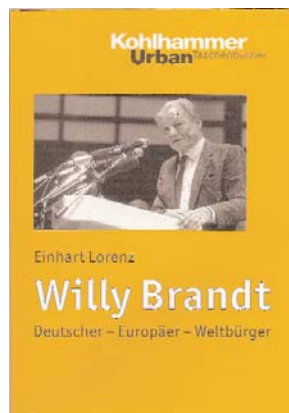
**Biographie:**

# Ein faszinierendes Leben

## Einhart Lorenz über Willy Brandt als „Deutschen, Europäer und Weltbürger“

**Willy Brandts Leben ist vielfach beschrieben worden, auch von ihm selbst. In einer zehnbändigen „Berliner Ausgabe“ sind zahlreiche Reden und Dokumente veröffentlicht, es gibt eine Fülle von Biographien und Büchern mit persönlichen Erinnerungen. In einem schmalen Taschenbuch beschreibt nun Einhart Lorenz, deutsch-norwegischer Historiker, auf 288 Seiten ebenso knapp wie prägnant Willy Brandt als „Deutschen - Europäer - Weltbürger“. Es ist eine Biographie, die die Zusammenhänge, Kontinuitäten und Brüche im Leben Brandts herausarbeitet.**

Einhart Lorenz, 1940 geboren, hat sich viele Jahrzehnte mit der Person Willy Brandts beschäftigt. Er hat die ersten beiden Bände der „Berliner Ausgabe“ bearbeitet, die sich mit der Zeit von Brandts Exil Willy in Norwegen und Schweden befassen. Lorenz, der in Berlin Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie studierte und lange in Oslo lehrte, kennt die Wirkungsstätten Brandts. Und er ist ein Kenner der Geschichte der Internationalen Arbeiterbewegung. So ist ein spannendes Buch über die einzelnen Lebensabschnitte Brandts entstanden, das Entwicklungen und einen lernenden Brandt zeigt, das den historischen Kontext darstellt und - ohne ihn zu überhöhen - erläutert, warum Brandt auch heute noch so eine große Faszination ausübt.



*Einhart Lorenz, Willy Brandt: Deutscher - Europäer - Weltbürger. Urban-Taschenbuch Band 641, Verlag: Kohlhammer, 288 Seiten, ISBN-10: 3170212451, EUR 24,90.*

Brandts Lebensweg weist Brüche auf, aber, wie Lorenz deutlich macht, auch große Kontinuitäten. Dabei waren es nicht nur äußere Umstände - eine erzwungene Flucht aus Deutschland, ein notwendiger Wechsel des Exilorts, Aufträge seiner Parteiführung - die sein Leben beeinflussten. Es war seine eigene Überzeugung, die ihn immer wieder in neue Situationen und Gefahren trieb, ohne Rücksicht auf eigene Vorteile. Viele seiner Lebensstationen und Erfahrungen vor 1945 spielen in seinem späteren Wirken eine wichtige Rolle. Nur weil er seinen Grundüberzeugungen treu blieb, nur weil er im Widerstand und im Exil neue Erkenntnisse und Eindrücke sammelte, nur weil er sich mit seiner Arbeit Anerkennung und Freundschaften erwarb, konnte er später als Regierender Bür-

germeister und als Bundeskanzler ein anderes, mutiges, ehrliches und freiheitliches Deutschland verkörpern, das wieder Achtung fand. In Deutschland dagegen wurde er wegen dieser Vergangenheit von konservativer und rechter Seite immer wieder angefeindet und verunglimpft. Und auch in der SPD wurde er nicht nur mit offenen Armen aufgenommen, wie Lorenz feststellt: „Für die Betonriege der muffigen SPD in Berlin war der Remigrant mit SAP-Vergangenheit voller neuer Ideen ebenfalls ein Fremder.“

Brandts Zeit im skandinavischen Exil hat auch seine Vorstellungen von einer modernen offenen und mehrheitsfähigen Sozialdemokratie nachhaltig beeinflusst. Dazu kam ein eigener Politikstil, „Stromlinienförmigkeit als innerparteiliches Idyll“ lehnte er ab, aber der Weg der Konsensfindung wurde immer wieder auch als Entscheidungsschwäche interpretiert.

Brandts Lebensweg hat seine Sicht auf Deutschland und Europa geprägt, hat Voraussetzungen für die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn geschaffen und ihn zu einem der wenigen Politiker gemacht, die für Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd standen. Als Deutschlands Teilung überwunden war, war dies, wie er selbst sagte, noch nicht die Erfüllung seines politischen Lebens: „Ich möchte den Tag sehen, an dem Europa eins geworden ist“, so Brandt damals.

**U. H.** □

## Lebensläufe II:

# Teamarbeiter und Einzelkämpfer

## Streiter für den Nichtrauchererschutz: Dietrich Masteit feiert seinen 90. Geburtstag

**Am heutigen Sonnabend feiert Dietrich Masteit, ehemaliger Charlottenburger SPD-Abgeordneter und engagierter Verfechter des Nichtraucher-schutzes in Berlin seinen 90. Geburtstag. Für die BERLINER STIMME wirft er einen Blick zurück.**

Mein Weg in die SPD war etwas holprig. Ich wurde 1923 geboren und bin in einer christlich-konservativen Familie in einer kleinen pommerschen Stadt aufgewachsen. Mein Vater war „Stahlhelmer“, meine Mutter im „Königin-Luise-Bund“ und ich schon mit acht Jahren im „Scharnhorst“.

1934 wurde diese Jugendorganisation des „Stahlhelm“ von der Hitlerjugend übernommen, in der ich bis zum Fähnleinführer (6 bis 14jährige) aufstieg. Die HJ war ziemlich attraktiv für Kinder, weil sie in der Kleinstadt erstmals Sport, Fahrten, Zeltlager, Volkstanz u.a.m. anbot. Nach Kriegsausbruch meldete ich mich freiwillig zum Wehrdienst und wurde später Offizier. Ich kann versichern, dass ich in den vier Jahren an der Ostfront keine Verbrechen der Wehrmacht oder anderer Organisationen erlebt habe.

Was als Abenteuer begonnen hatte, endete in einer auch persönlichen Katastrophe. Die Niederlage 1945 bedeutete für mich den Verlust aller „Werte“: die Heimat verloren und die Eltern ihre Existenz. Ich hatte einer Organisation angehört, deren Führer Verbrecher und korrupt waren. Wenn es denn einen Gott gab, wie hatte er es zulassen können, dass dieses Regime sechs Millionen Juden und viele andere Unschuldige ermordete? Wie könnte es eine Generalität zulassen, dass hunderttausende Kriegsgefangene verhungerten oder zwangsarbeiten mussten?

Es fügte sich gut, dass ich ein Studium der politischen Wissenschaften aufnehmen konnte, das es mir ermöglichte, meinen Standort in Politik und Gesellschaft neu zu finden. So wurde ich 1952 Mitglied der SPD wegen ihres Eintretens für die Freiheit (Ermächtigungsgesetz und des Kampfes um Berlin) und ihrer bedeutenden Persönlichkeiten wie Kurt Schumacher und in Berlin Ernst Reuter, Willy Brandt, aber auch Franz Neumann. Mein Studienfreund Harry Ristock überzeugte mich, auch den „Falken“ beizutreten. In den folgenden dreißig Jahren habe ich viele ehrenamtliche Aufgaben übernommen, bei den „Falken“ im Berliner Landesvorstand, in der SPD u.a. den Vorsitz der größten Abteilung von Berlin mit 820 Mitgliedern. Sie stellte etwa ein Drittel der Charlottenburger Kreisdelegierten und war die Basis für die



aus der Berliner Stimme von 1983.

Wahl von Ristock zum Stadtrat für Volksbildung. Die Kontakte durch meine politische Tätigkeit im Jugendverband und in der Partei waren auch für meinen beruflichen Werdegang hilfreich. 1957 wurde ich persönlicher Referent der Jugendsenatorin Ella Kay, danach Dozent an der Internationalen Begegnungsstätte Jagdschloss Glienicke und dann Direktor der Volkshochschule Kreuzberg.

1971 wurde ich Mitglied des Abgeordnetenhauses. Es war offensichtlich schwierig, Kontakte zu den Bürgern und Bürgerinnen zu finden. In die Sprechstunden kamen mal drei, mal sechs Personen, einige mehr zu politischen Frühschoppen. Schließlich konnte ich die Funktionäre in den Abteilungen meines Wahlkreises überzeugen, vier- bis fünfmal im Jahr einen „Brief“ in einer Auflage von 16.000 Stück zu verteilen. Diese Kraftanstrengung war insbesondere möglich, weil es im Wahlkreis ganz überwiegend Neubauten mit Hausbriefkästen gab. Die Aktion musste für mich bezahlbar bleiben. So schrieb und klebte ich die Druckvorlage selbst, den Offsetdruck übernahm die Parteidruckerei. In den „Briefen“ berichtete ich über meine Arbeit, machte

Angebote zu Stadtrundfahrten, Besichtigungen des alten Reichstags, Stadtteilfesten und anderes. Immerhin erreichte ich bei den beiden nachfolgenden Wahlen immer bessere Ergebnisse.

Die Arbeit im Abgeordnetenhaus ist ja wie in allen Parlamenten Teamarbeit. Nur selten kann ein Einzelner für sich in Anspruch nehmen, das eine oder andere Gesetz oder Verwaltungshandeln maßgebend beeinflusst zu haben. Ich selbst konnte dazu beitragen, dass das Berliner Bildungsurlaubsgesetz und die Ausstattung der Volkshochschulen wesentlich verbessert und auch anonyme Urnenbestattungen auf städtischen Friedhöfen möglich wurden. Durch „Kleine Anfragen“ habe ich den Senat und die Verkehrsbetriebe so lange genervt, bis die BVG 1974 das Rauchen auf den Oberdecken der Omnibusse und 1975 im gesamten U-Bahnbereich verbot. Auf die in DDR-Verwaltung stehende S-Bahn hatten wir ja keinen Einfluss.

In Partei- und Delegiertenversammlungen habe ich ebenfalls zum Missvergnügen der Raucher Rauchverbote beantragt und nach und nach auch erreicht. Aber in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses konnte ich das nicht durchsetzen, obwohl ich mit dem Parlamentspräsidenten vor dem Obergericht Berlin einen Vergleich geschlossen hatte, wonach im Ausschuss auf Antrag nicht geraucht werden durfte. Auch in der SPD-Fraktion war mir kein Erfolg beschieden. Auch heute noch werde ich in Parteiveranstaltungen dazu beglückwünscht, dass es auch Dank meines jahrzehntelangen Bemühens heute einen wirksamen Nichtrauchererschutz gibt.

Eine solch intensive Wahrnehmung des Mandats neben dem Beruf war für mich nur möglich, weil meine Frau mich in der Partei und bei den Aktivitäten unterstützt und sich um die Familie mit vier Kindern gekümmert hat.

**Dietrich Masteit** □

### Gedenktage:

**7.1.1938 - vor 70 Jahren:** Franz Klühs in Berlin gestorben (\*Neuenkirchen/Rügen 5.5.1877), ehem. stellv. Chefredakteur des Vorwärts, Grabstätte Heidefriedhof Mariendorf, Reijßekstraße 14, Feld K IV-172

**10.1.1993 - vor 20 Jahren:** Günther Abendroth verstorben, stv. Frakt. Vors. (SPD) BVV Wilmersdorf, BzBm Keuzberg (1963-1975), MdA, Vors. d. Bundesvorstandes d. dt. Volksbühnenvereine, Stadtältester von Berlin, Grabstätte: Friedhof Wilmersdorf, Berliner Str. 81-103, Abt. D 16 UW 23

**12.1.1958 - vor 55 Jahren:** Willy Brandt wird zum Vorsitzenden der Berliner SPD gewählt

**20.1.1928 - vor 85 Jahren:** Harry Ristock in Seemen/Ostpreußen geboren (+Berlin 5.3.1992), MdA, Bausenator, „Anführer“ und Galionsfigur

der Berliner Linken, 1968 fast aus der SPD geworfen wegen seines Engagements gegen den Vietnamkrieg. Anonyme Grabstätte: Friedhof „Am Fließtal“, Waidmannsluster Damm 13  
**28.1.1883 vor 130 Jahren:** Otto Ostrowski in Spremberg geboren (+Knokke/Belgien 19.6.1963) 1926 Wahl für zwölf Jahre zum Bezirksbürgermeister Prenzlauer Berg, 1933 entlassen. Nach dem 2. Weltkrieg Bezirksbürgermeister von Wilmersdorf und nach den Oktoberwahlen 1946 Wahl am 5.12.1946 zum Oberbürgermeister von Berlin. Am 17.4.1947 Rücktritt nach erfolgreichem Misstrauensantrag seiner eigenen Fraktion wegen Kontakten zur SED. Friedhof Wilmersdorf, Berliner Straße 81-103, D I Fam.-St. 1-6.

# Trauer um Michael Bürsch

**In Berlin war er zuletzt zu Hause, hier ist Michael Peter Karsten Bürsch am 9. Dezember nach schwerer Krankheit verstorben. Seine politische Heimat aber war Schleswig-Holstein, dort kandidierte er im Wahlkreis Plön-Neumünster viermal für den Bundestag. Als jahrelanger Vorsitzender der Enquête-Kommission Bürgerschaftliches Engagement des Bundestags war er über die Parteigrenzen hinweg hoch geachtet.**

Geboren wurde Michael Bürsch am 3. Juni 1942 in Stettin. 1961 machte er sein Abitur und studierte dann Rechtswissenschaften in Kiel. Es folgten Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität, in der Verwaltung sowie von 1984 bis 1989 für den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt. Von 1993 bis zu seinem Einzug als Nachrücker in den Bundestag 1997 war er als freiberuflicher Unternehmens- und Verwaltungsberater tätig. Im Bundestag leitete er von 1998 bis 2002 die Enquête-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, danach war er bis 2009 Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement.

Als Sprecher der Arbeitsgruppe Öffentlich Private Partnerschaften der SPD-Bundestagsfraktion wirkte er mit am umstrittenen ÖPP-Beschleunigungsgesetz, das die Privatisierung öffentlicher Aufgaben erleichterte und an dessen Entstehen auch Lobbyisten aus der Wirtschaft beteiligt waren.

Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements war für ihn allerdings nicht der Versuch, den staatlichen Rückzug aus dem Sozialbereich zu unterstützen. Vielmehr ging es ihm darum, neue Formen der Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und das Engagement für die Gesellschaft zu stärken.

Michael Bürsch war Mitbegründer des „Centrum für Corporate Citizenship Deutschland“ (CCCD), in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung rief er die Initiative „Deutschland liest vor“ ins Leben, er wirkte mit im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), im Beirat des Deutschen Feuerwehrverbandes und im Beirat des Bundesverbandes Deutsche Tafel.

uh □

## Claudia Tietje verstorben

**Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses und die Berliner SPD trauern um die ehemalige Abgeordnete Claudia Tietje.**

Sie war von 2001 bis 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses und vertrat die SPD-Fraktion im Bauausschuss und im Innenausschuss. Auch war sie Mitglied des Präsidiums. Im März 2011 kam sie als Nachrückerin erneut ins Abgeordnetenhaus und war Mitglied im Ausschuss für Kultur.

Claudia Tietje wurde wegen ihrer ruhigen und sachlichen Art als Innen- und Kulturexpertin geschätzt. Nach schwerer Krankheit ist Claudia Tietje im Alter von 39 Jahren verstorben.

BS □

T  
RAUER

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**



## SPD Tempelhof-Schöneberg in neuen Räumen



In der Hauptstraße 100 nahe dem Innsbrucker Platz hat die SPD Tempelhof-Schöneberg ihr neues Kreisbüro bezogen. Mit vielen ehrenamtlichen Helfern wurde im Dezember der Umzug von der Feurigstraße bewältigt. Auch die Mieterberatung wird hier wieder an jeden 1. und 3. Freitag im Monat von 17-18 Uhr angeboten. Bei der Schlüsselübergabe: Axel Seltz, Regina Pac, Dilek Kolat, Ralf Nanninga und Gerhard Wunsch. Foto: Hans Kegel

## KREISBÜROS

Hier finden Sie die Kreisbüros der Berliner SPD:

■ **Mitte**, Clarissa de Sielvie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel.: 4692 130/131, Fax: 4692 136. Sprechzeiten: Montag 12-16 Uhr, Mittwoch 11-15 Uhr, Donnerstag 11-14.30 Uhr, Freitag 9-13 Uhr, E-Mail: mitte@spd-berlin.de

■ **Friedrichshain-Kreuzberg**, Yasemin Gürbüz, Elisa Rabe, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 291 25 78, Fax: 2757 3660, Mo. 9.30-15, Di. 9.30-17.30, Mi. 9.30-18, Do. 9.30-14, Fr. 10-14, Mail: Yasemin.Guerbuez@spd.de,

■ **Pankow**, Jens Peter Franke, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Tel.: 9620 9660, Fax: 9620 9661, Dienstag 10-13 und 14-17; Mittwoch 10-14 Uhr, E-Mail: pankow@spd-berlin.de

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf**, Isabel Herrmann, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin Tel.: 86313875, Fax: 86313876, Di 15-17 Uhr, Mi und Do 10-12 Uhr, E-Mail: Isabel.Herrmann@spd.de

■ **Spandau**, Gabi Stern, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Tel.: 333 71 65, Fax: 333 98 67, Mo 12-18 Uhr, Do 10-16 Uhr, Freitag 12-16 Uhr, E-Mail: Kreis.Spandau@spd.de

■ **Steglitz-Zehlendorf**, Mirjam Golm, Thaliaweg 15, 12249 Berlin Tel.: 7667 9854, Fax: 7667 98 56, Mo, Mi u. Do 10-13 Uhr, E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de

■ **Tempelhof-Schöneberg**, Lena Heinze-Berg, neu: Hauptstr. 100, 10827 Berlin, Tel.: 781 22 83, Fax: 7800 1217, Mo 10-13 Uhr, Do 11-14 Uhr, Fr 15-18 Uhr, E-Mail: Lena.Heinze@spd.de

■ **Neukölln**, Yvonne Opprower, Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Tel.: 687 21 59, Fax: 686 80 82, Mo., Mi., Do. 14-18 Uhr, E-Mail: Yvonne.Opprower@spd.de

■ **Treptow-Köpenick**, Gabi Schmitz, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Tel.: 657 24 54, Fax: 631 0775, Dienstag 14-18 Uhr, Donnerstag 9-12 Uhr und 13-15 Uhr, Freitag 9-12 Uhr sowie nach Vereinbarung, E-Mail: treptow-koepenick@spd-berlin.de

■ **Marzahn-Hellersdorf**, Enrico Stölzel, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Tel.: 9940 1015, Fax: 9940 1016, Montag 14-18, Dienstag 10-16 Uhr, Donnerstag 14-18 Uhr, Freitag 13-15 Uhr, E-Mail: Info@spd-marzahn-hellersdorf.de

■ **Lichtenberg**, Andreas Büchner, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: 9760 6730, Fax: 9760 4664, Montag 15-18 Uhr, Donnerstag 10-14.30 Uhr, E-Mail: Andreas.Buechner@spd.de,

■ **Reinickendorf**, Susanne Fischer, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Tel.: 411 70 36, Fax: 414 67 27, Montag, Dienstag & Freitag 14-18 Uhr, E-Mail: kreis.reinickendorf@spd.de

## TERMINE

■ 21.01.2013, 14:30 - 16:30 **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel** - Charlottenburg-Wilmersdorf, SPD Wahlkreisbüro Petra Merkel, Goethestraße 15, 10623 Berlin. Um telefonische Anmeldung unter 313 88 82 wird gebeten!

■ 21.01.2013, 14:00. **Sitzung des Landesvorstands der AG 6oplus** Berlin, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstraße 163, 1353 Berlin

■ 22.01.2013, 16:00, AG 6oplus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Seniorenpolitik und die SPD Berlin**, mit dem Vorsitzenden der Berliner SPD Jan Stöß, Rathaus Charlottenburg - Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin Die AG 6oplus Charlottenburg-Wilmersdorf tagt nun immer dienstags!

■ 22.01.2013, 19:30 - 22:00, SPD Pankow - Abt. Falkplatz, Arnimplatz, „**Talk im Kiez**“ - **Geschichten aus der Nachbarschaft**, mit den Talk-Gästen Eileen Rogge, Günter Wetzel und Markus Hempel-Morgenstern, „Haus der Sinne“, Ystader Straße 10, 10437 Berlin

22.01.2013, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr. Bundestagskandidat Matthias Schmidt im Gespräch mit.. Jan Stöß, SPD- Landesvorsitzender Berlin zum Thema Bundestagswahl 2013. Ort: Ratskeller im Rathaus Köpenick

■ 23.01.2013, 19:00 Dr. Ina Czyborra, Mda und ASF Berlin, **ASF Landesvorstand**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Gäste und Interessierte sind herzlich willkommen

■ 26.01.2013, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, „**Wir im Lichterfelder Süden**“ - **Gespräche am Informationsstand**, vor Kaiser's, Osdorfer Straße, 12207 Berlin

■ 27.01.2013, 11:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Besuch der Ausstellung „Jüdische Unternehmer in Steglitz und Zehlendorf“**, Schwartzsche Villa, Grunewaldstr. 55, 12165 Berlin

■ 27. Januar 2013, 14 - 17 Uhr, **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus mit Mechthild Rawert (MdB)**, Alte Zollgarage im ehem. Flughafengebäude Tempelhof, Columbiadamm 2-6, 10965 Berlin. Mit Mechthild Rawert, Beate Winzer, Verein zur Förderung für ein Gedenken der Naziverbrechen auf dem Tempelhofer Feld e.V., Matthias Heisig, Historiker, Gudrun Blankenburg, kulturpolitische Sprecherin der SPD in der BVV Tempelhof-Schöneberg. Anschließend Gedenken mit Kranzniederlegung für die ZwangsarbeiterInnen am Haupteingang des ehem. Flughafengebäudes

■ 29.01.2013, 19:00 - 21:00, Daniel Buchholz, Mda | Fachausschuss Natur, Energie, Umweltschutz, **Umweltschutz - was hat's gebracht - Stellenwert von Umweltschutz in der politischen Diskussion?** Mit einer Einführung von Herr Prof. Dr. Michael Opielka, Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) und von Herrn Dr. Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 30.01.2013, 18:00, Torsten Schneider, Mda | Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Syrien am Scheideweg. Wie kann die Gewalt beendet werden? Und was kommt nach dem Sturz Assads?** Es diskutieren: Dr. Sadiqu Al-Mouslie, Mitglied des Syrischen Nationalrats, Vorsitzender der Initiative für Bürgerrechte in Syrien, Mitglied des Politischen Büros des Revolutionsrats Damaskus, Braunschweig, Claudia Schmidt, Politikwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied des FA I, Bassem Al Abed, Deutsch-Syrisches Mitglied der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 01.02.2013, 19:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Lichterfelder Kino-Klub: „Eins, Zwei, Drei“ von Billy Wilder**, Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin

■ mehr: [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Sensible Zeitzeugin

Margaret Bourke-White: Meisterfotografin im Gropius-Bau

Mit einem Highlight der Fotografiengeschichte eröffnet der Martin-Gropius-Bau das neue Jahr. Der Chef des Hauses, Gereon Sievernicht, hat mit feinem Gespür für hochwertige Fotografiekunst eine Ausstellung über das Wirken der amerikanischen Meisterfotografin Margaret Bourke-White nach Berlin geholt.

Die Fotografin war Augenzeugin der Zeitgeschichte, erlebte die Wehrmachtseinriffe auf Moskau, fotografierte das Grauen nach der Befreiung des KZ Buchenwald und dokumentierte die Teilung Indiens sowie den Koreakrieg. Sensibel setzte sie die Not amerikanischer Feldarbeiter während der großen Dürre Mitte der 30er Jahre in eindrucksvolle fotografische Zeugnisse um.

Margret Bourke-White, 1904 in New York geboren, begann 1927 mit ihrer dokumentarischen Fotografie, lieferte ab 1936 Titelfotos sowie Fotostrecken für die Magazine Life und Fortune und setzte sich mit Entschlossenheit in der von Männern dominierten Welt der Fotojournalisten durch. Ihre Parkinson-Erkrankung schränkte gegen Ende der 50er Jahre ihre fotografische Arbeit zunehmend ein. Sie starb 1971 in Stamford/Connecticut.

Die Ausstellung zeigt 155 Fotografien, überwiegend ihre Arbeiten in Europa in



Margaret Bourke-White: Menschen an den Bahngleisen im kriegszerstörten Anhalter Bahnhof, Berlin, August 1945, Silbergelatineabzug. © Time & Life / Getty Images

den 30er und 40er Jahren, sowie Texte und Briefe mit berühmten Persönlichkeiten, wie zum Beispiel mit Winston Churchill.

**Gunter Lange** □

➡ Margaret Bourke-White. Fotografien, 18. Januar bis 14. April, Martin-Gropius-Bau, Mittwoch bis Montag, 10-19 Uhr, Eintritt 5 Euro.

## Film-Tipp: „Gibsy“

Die Deutschlandpremiere fand in dieser Woche in Kreuzberg statt, dort wo der Boxer Johann Rukeli Trollmann seinen größten Erfolg hatte. Jetzt ist das Doku-Drama „Gibsy“ des Regisseurs Eike Besuden u.a. im „Moviememento“ zu sehen.

Der Film zeigt das Leben Trollmanns, der

als „Muhammad Ali der 20er und 30er Jahre“ galt, sich 1933 die deutsche Meisterschaft erboxte, die ihm dann als „Zigeuner“ von den Nazis wieder aberkannt wurde. Sein bewegendes Leben endete im KZ. Hannes Wegener spielt den Boxer Johann Rukeli Trollmann, Hannelore Elsner seine Mutter.

**BS** □

## KULTURTIPPS

**Wannsee-Konferenz.** Heute und morgen finden die zwei letzten Vorstellungen des Dokumentar-Theater-Projekts „Die Wannsee-Konferenz“ statt. 15 Historiker hatten die Biographien der 15 Teilnehmer der Konferenz vom 20. Januar 1943 erarbeitet und Originaldokumente und Kommentare in einer Aufführung zum 70. Jahrestag der Wannsee-Konferenz vorgetragen. Diese und weitere Vorstellungen im Maxim-Gorki-Theater waren schnell ausverkauft, so dass nun noch einmal zwei Vorstellungen angeboten werden. Zum Projekt ist auch eine DVD mit der Filmdokumentation sowie Probenauschnitten und einem Filmessay zum einjährigen Entstehungsprozess erschienen. **BS** □

➡ Vorstellungen im Maxim-Gorki-Theater am 19. Januar um 20.15 Uhr und am 20. Januar um 12 Uhr. Karten unter Tel. 20221-115 oder ticket@gorki.de

**Das Schlitzohr von Köpenick.** Die SPD Treptow-Köpenick und ihr Wahlkreiskandidat Matthias Schmidt laden zu einer besonderen Aufführung ein. In der unterhaltenden Vorstellung „Das Schlitzohr von Köpenick.“ schlüpft „Hauptmann“ Jürgen Hilprecht in 15 verschiedene Rollen und präsentiert das Leben des Schusters Voigt. Der Eintritt ist kostenlos. **BS** □

➡ Samstag, 16. Februar 2013 um 15.00 Uhr im Ratsaal des Rathauses Köpenick. Da die Plätze begrenzt sind, wird um Anmeldung (Tel: 6549 6204 oder buero@spdtk.de) gebeten.

**Kurt Weill Woche.** Bis zum 24. Januar bietet die Komische Oper Berlin einen Einblick in die Bandbreite von Weills Schaffen, das mehr als die gemeinsam mit Brecht geschriebenen Werke umfasst und von der Oper bis zum Musical, von der Sinfonie bis zum Requiem reicht. Mit dabei sind u.a. Ute Lemper und Gisela May.

➡ [www.komische-oper-berlin.de/festivals/kurt-weill-woche/](http://www.komische-oper-berlin.de/festivals/kurt-weill-woche/)